

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema: Wattenmeerschut	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: BNE mit Handicap	

THEMEN DES MONATS

Politik

Naturschutz – rechts unterwandert?

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz liefert Argumente gegen Rechtsextremismus

Seite 2

Biodiversität

Die Natur hat ihren Preis

Auch für Unternehmen bedeutet der Verlust der biologischen Vielfalt ein Risiko

Seite 4

Gesundheitspolitik

Umweltschutz beugt Krankheit vor

Umweltzerstörung wirkt sich negativ auf die menschliche Gesundheit aus, die Politik handelt aber nur zögerlich

Seite 6

Interview: Energiepolitik

„Der Verteilungskampf tobt“

Bei der Energiewende wird mächtig Stimmung gemacht. Die Debatte muss wieder ehrlich geführt werden.

Seite 13

Politik

Naturschutz – rechts unterwandert?

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz liefert Argumente gegen Rechtsextremismus

In jüngster Zeit sind Mitglieder rechtsextremer Parteien und Gruppierungen zunehmend als Fürsprecher von Natur- und Umweltschutzthemen aufgetreten. Auch wenn umweltpolitische Aussagen in rechtsradikalen Parteiprogrammen nicht im Vordergrund stehen, kommunizieren sie Umweltthemen hochprofessionell und modern. Um sie zu stoppen, braucht es Sachkenntnis, Zivilcourage und persönlichen Mut. ■ VON HILDEGARD EISSING

Rechtsextremismus gehört sicherlich nicht zu den Alltagsthemen von NaturschützerInnen. Da dominieren eher Artensterben, Energiewende oder Verträglichkeitsprüfungen für Infrastrukturprojekte. Und dennoch: Nicht erst seit der Aufdeckung der Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ist zu beobachten, dass rechtsextreme Organisationen und Publikationen das Thema Natur- und Umweltschutz für sich entdeckt haben. Sie sprechen sich gegen die Agrogentechnik, für die Erhaltung einheimischer Arten und der deutschen Kulturlandschaft aus und laden zu Müllsammelaktionen und Wanderungen ein. Ihre Aussagen klingen dabei fast so wie die der NaturschützerInnen aus Verbänden und Verwaltungen. Oder was ist dagegen zu sagen, dass „dem Naturschutz wirtschaftliche Interessen untergeordnet werden“ müssen, wie es auf einer Homepage der NPD Hannover heißt?

Die Zeitschrift „Umwelt & aktiv“, herausgegeben vom Verein Midgard, bearbeitet Themen, die für Natur- und UmweltschützerInnen relevant sind: Heft 3/2012 zeigte Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, auf dem Cover und die Redaktion druckte ein Interview mit ihr ab. Erst wenn man sich die entsprechende Homepage www.umweltundaktiv.de anschaut und im Heft blättert, merkt man, dass man sich hier auf rechtsextremem Terrain bewegt. Vandana Shiva war wohl hierüber nicht informiert.

Es kann einen schon sprachlos machen, wenn man Aussagen liest, die ähnlich klingen wie die eigenen, aber von Rechtsextremen stammen. Man muss genau hinsehen und sie in den programmatischen Kontext

des Rechtsextremismus einordnen, um ihren Inhalt zu „entschleiern“ – erst dann erschließt sich der vollständige Sinn der auf den ersten Blick so harmlos und selbstverständlich daher kommenden Aussagen.

RechtsextremistInnen sind von der Ungleichwertigkeit der Menschen überzeugt – und stehen damit in absolutem Gegensatz zu demokratischem, rechtsstaatlichem und pluralistischem Denken: „Deutsche Kulturlandschaften“ zu schützen, heißt eben aus ihrer Sicht, dass es in anderen Staaten keine Kulturlandschaften gebe, weil deren Bewohner nicht zur Kultur befähigt und damit „weniger wert“ seien.

Rechtes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextreme Einstellungen finden sich nicht nur am Rand der Gesellschaft. Langzeitstudien von Wilhelm Heitmeyer „Deutsche Zustände“, Suhrkamp-Verlag, und Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung kommen zum Schluss, dass sie in der Mitte der Gesellschaft gelandet sind. Eine Studie von Oliver Decker, Elmar Brähler und Johannes Kiess attestiert, dass vor allem junge Menschen unter 22 Jahren in den neuen Bundesländern und Menschen über 80 Jahren in Westdeutschland ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ aufweisen.⁽¹⁾ Das macht hellhörig: Denn rechtsextremes Gedankengut kann nur dort Platz greifen, wo ihm Platz gelassen wird, sich auszubreiten. Oder, um es konkreter zu fassen: wo wir ihm Platz gewähren.

Warum nehmen sich Rechtsextreme des Themas Natur- und Umweltschutz überhaupt an? Natur- und Umweltschutz werden in der Bevölkerung positiv gese-

hen, sind also ein geeignetes „Einfallstor“ in die Mitte der Gesellschaft. Gerade im Bereich des „intellektuellen Rechtsextremismus“, dort, wo Rechtsextreme sich gern ein gutbürgerliches Mäntelchen umhängen, wo sie als nette Nachbarn, Kümmerer und zu aktivem Mittun bereite Verbandsmitglieder auftreten, ist ihnen Natur- und Umweltschutz als Zugang in neue gesellschaftliche Kreise willkommen. Ein Beispiel ist die bereits genannte Zeitschrift Umwelt & aktiv.

Aber nicht nur als Vehikel zur Verbreitung ihrer Ideologie, sondern als zentrales Element eben dieser Ideologie hat Natur für Rechtsextreme einen hohen Stellenwert: Eine Landwirtschaft, in der der Landwirt und seine Familie unmittelbar mit „der Scholle“ arbeiten, in der sie deshalb Garant für das Bestehen der angenommenen „germanischen Rasse“ sind, hat für sie einen hohen Stellenwert. In ihrer Sicht sind „Blut und Boden“ Quelle der von ihnen postulierten Überlegenheit des Deutschen und der sogenannten „deutschen Volksgemeinschaft“, einer Gruppe von – so wird unterstellt – Menschen homogener Abstammung und Kultur.

Strategie gegen rechte Rhetorik

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz hat sich dieses Themas angenommen und eine Broschüre mit dem Titel „Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe“ herausgegeben, die Natur- und Umweltschutz-engagierte bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen AkteurInnen Unterstützung bietet. Ausgangspunkt sind Aussagen rechtsextremer Organisationen und

Publikationen. Diese Zitate, die verwendeten Begriffe und Definitionen werden analysiert und der Subtext beschrieben, also das, was zwischen den Zeilen steht und von den Rechtsextremisten nicht klar formuliert, sondern verschleiert worden ist. Dazu wurde auch historisches mit aktuellem Wissen über Natur- und Umweltschutz sowie Rechtsextremismus kombiniert. Auf diese Weise wird der rechtsextreme Kern von auf den ersten Blick unverfänglichen Aussagen herausgearbeitet und damit eine Basis geschaffen, von der aus man rechtsextremistischen Positionen argumentativ entgegnet werden kann. Und darum geht es ja: um die fundierte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aussagen.

Ein Beispiel: „In einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nur möglich, wenn die durch Einwanderung bedingte Bevölkerungszunahme beendet wird“, heißt es auf der Homepage der NPD. Auf den ersten Blick scheint das plausibel: Je mehr Menschen hier leben, desto mehr Fläche, Nahrungsmittel, Luft und Wasser verbrauchen sie, umso eher sägen sie den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Extrem ist diese Position, weil sie Bevölkerungszahlen in Deutschland zielgerichtet falsch interpretiert, nämlich so, als würde das Konzept des Ökonomen Thomas Malthus noch gelten. Malthus (1766-1824) stellte die Theorie auf, dass die Tragfähigkeit eines Raumes nur für eine bestimmte Bevölkerungszahl gelte, danach komme es zu Katastrophen wie dem Ausbruch von Seuchen oder zu Kriegen. Wir wissen heute, dass ein Vielfaches der Bevölkerung problemlos ernährt werden kann, die Malthus seinem Konzept zugrunde legte.

Die rechtsextreme Interpretation von Bevölkerungszahlen knüpft an die Parole vom „Volk ohne Raum“ an. Die sogenannte Angliederung Österreichs und deutschsprachiger Minderheiten zum Beispiel in der damaligen Tschechoslowakischen Republik wurde im Nationalsozialismus dazu genutzt, um die Bevölkerungsfrage verschärft zu stellen. Heute nutzen Rechtsextreme das Argument der scheinbaren Überbevölkerung Deutschlands, um die Zuwanderung zu problematisieren: Sie

belaste das Staatsgebiet ökologisch und sei schon unter diesem Aspekt nicht hinnehmbar.

Jedes Kapitel der Broschüre ist in sich geschlossen verständlich, jedes enthält ein Fazit, in jedem werden Begriffe erläutert. Man muss die Broschüre also nicht von vorn bis hinten lesen, sondern kann sich die Themen herausfiltern, für die man sich interessiert.

Die Tagung „Naturschutz und Rechtsextremismus“ des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz am 21. und 22. März in Berlin hat sich – angestoßen durch die Broschüre – mit dem Thema auseinandergesetzt. Der DNR kündigte bei dieser Tagung Satzungsänderungen zum möglichen Ausschluss von Rechtsextremen an, die er auch seinen Mitgliedsverbänden empfehlen wird.

Aufklärung und Mut sind notwendig für die Auseinandersetzung

Die Mehrzahl der ReferentInnen und TeilnehmerInnen war sich einig, dass es Zeit wird, dass sich der Natur- und Umweltschutz klar von der rechtsextremen Ideologie abgrenzt. Für Natur- und Umweltschutzengagierte ist eine deutlich wahrnehmbare Platzierung gegen Rechtsextremismus in jedem Fall ein wichtiges Anliegen und jede scheinbare Vereinnahmung von rechts eine zu viel. Denn Rechtsextremismus ist menschenverachtend.

Auf der Tagung wurde aber auch deutlich, dass die bisher unvollständige Auseinandersetzung des privat organisierten wie des staatlichen Naturschutzes mit seiner Vergangenheit in der Zeit des Nationalsozialismus dazu beiträgt, dass RechtsextremistInnen Anknüpfungspunkte für ihre Ideologie in aktuellen Naturschutzpositionen finden können. In der NS-Zeit wurde das Reichsnaturschutzgesetz erlassen, die erste „reichsweit“ geltende Rechtsgrundlage des Naturschutzes, das bis 1976 als Landesrecht galt. Die entsprechenden Akteure waren sowohl vor als auch nach 1945 im Naturschutz aktiv und prägten seine Konzepte mit. Auch hier steht also Arbeit an, wenn der Naturschutz in Zukunft seine Argumentationsbasis gegen rechtsextreme

Übergriffe absichern will. Eine Umfrage der Universität Stuttgart von 2012 zeigte eine breite Unsicherheit unter Naturschutzaktiven bei der Beurteilung der Rolle des Naturschutzes im Nationalsozialismus. Gleichzeitig besteht insbesondere bei unteren Naturschutzbehörden, aber auch bei Naturschutzakademien ein hohes Interesse am Thema. Der Berufsverband wie auch Verbände und Bildungseinrichtungen können hier lohnende Aufgaben gestalten. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung stellt in Kürze auf ihrer Webseite umdenken.de zwei Workshopeinheiten – eine für Jugendliche, eine für Erwachsene – zum Download zur Verfügung. Auch die Broschüre kann hier heruntergeladen werden.

Zur Auseinandersetzung mit RechtsextremistInnen gehören Sachkenntnis ebenso wie Zivilcourage und persönlicher Mut, ein Wertgerüst und die Bereitschaft, sich dafür einzusetzen. Das sind Eigenschaften, die viele im Natur- und Umweltschutz Engagierte antreiben. Eine gute Voraussetzung, um gegen die Herausforderung, die der Rechtsextremismus für Natur- und Umweltschutzaktive darstellt, Position zu beziehen. Naturschutzverbände, Berufsstand und Umweltbildungseinrichtungen sind hier gleichermaßen gefordert, auch und gerade in der Ansprache junger Engagierter.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) www.uni-leipzig.de/pdf/pm2013-rechtsextremismus.pdf
- ▶ www.umdenken.de

Hildegard Eissing hat Landespflanze studiert und ist zurzeit für den Aufgabenbereich „Naturschutz und Gesellschaft“ im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz zuständig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6131-162639
E-Mail: hildegard.eissing@mulewf.rlp.de
www.mulewf.rlp.de



Biodiversität

Die Natur hat ihren Preis

Auch für Unternehmen ist der Verlust der biologischen Vielfalt ein Risiko

Die Biodiversität trägt nicht nur zum menschlichen Wohlbefinden bei, sie liefert auch Medikamente, Nahrungsmittel und Rohstoffe. Bislang sind diese Naturgüter kostenlos. Nach Ansicht von Experten muss sich das in Zukunft ändern. Denn der Verlust der biologischen Vielfalt steigt dramatisch an. Noch profitieren viele Unternehmen von den kostenlosen Dienstleistungen der Ökosysteme. Aber einige haben begonnen umzudenken. ■ VON SVEN STÖBENER

Der Begriff Biodiversität, also die biologische Vielfalt innerhalb und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme, klingt eher ein wenig sperrig und viele Unternehmen fragen sich, was sie damit zu tun haben. Das mag daran liegen, dass das Natur-Kapital für uns Menschen bislang größtenteils kostenlos ist. Würden die kompletten Umweltkosten beispielsweise in Unternehmensbilanzen berücksichtigt, sähen die Zahlenwerke anders aus, ist sich Pavan Sukhdev sicher. Seit Sukhdev als Leiter der globalen Initiative „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) erstmals den Wert der Natur für die Weltwirtschaft anhand der sogenannten Ökosystemdienstleistungen – also der Bestäubung von Nutzpflanzen durch Bienen, den Erträgen von Holz aus Wäldern oder Fisch aus den Meeren – ermittelte und im Jahr 2010 die Ergebnisse vorlegte, gilt er als einer der Vordenker der sogenannten Green Economy. Sukhdev fordert, dass das Natur-Kapital für Unternehmen kostenpflichtig werden müsse. Ohne diese natürlichen Leistungen würden die Gesellschaft und Wirtschaft nicht auskommen.

3.000 Aktiengesellschaften verursachen 2,2 Billionen US-Dollar Umweltschäden

Das Problem ist: Zwei Drittel aller Ökosysteme weltweit sind gefährdet und jeden Tag sterben bis zu 1.000 Arten aus. Der Verlust der biologischen Vielfalt steigt laut Experten dramatisch an. So sank die Zahl der Bienenvölker in Europa in den vergangenen 50 Jahren um über 50 Prozent. Schuld sind Monokulturen, Umweltverschmutzung, Pflanzenschutzmittel

sowie Schädlinge und Krankheiten. Die wirtschaftlichen Folgen sind immens. Der jährliche volkswirtschaftliche Nutzen der Bestäubungsleistung der Bienen liegt laut Deutschem Imkerbund weltweit bei 70 Milliarden US-Dollar. Fachleute der Beratungsgesellschaft Trucost haben berechnet, dass die Umweltschäden, welche die 3.000 größten Aktiengesellschaften weltweit verursachen, 2,2 Billionen US-Dollar im Jahr 2008 betragen. Müssten die Konzerne für die Folgen ihrer Tätigkeit zahlen, müssten sie dafür im Durchschnitt rund ein Drittel ihrer Gewinne aufwenden.

Die Wirtschaft profitiert also von den kostenlosen Leistungen der Natur. Doch unternehmerische Aktivitäten verursachen mitunter erhebliche Belastungen für Ökosysteme, Pflanzen und Tiere. Die meisten Betriebe kennen weder die Auswirkungen ihres Handelns auf noch ihre Abhängigkeiten von der biologischen Vielfalt. Nur wenige Unternehmen berücksichtigen bisher Biodiversitätsaspekte in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie und in ihren Unternehmensbilanzen.

Ökologische Gewinn- und Verlustrechnung

Diesem Raubbau an der Natur möchte Pavan Sukhdev Einhalt gebieten. „Environmental Accounting“ lautet das neue Schlagwort. Sukhdev leitet dazu eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter von Buchführungsinstitutionen wie dem International Accounting Standards Board (IASB) mit Topmanagern und Wirtschaftsprüfern wie PricewaterhouseCoopers beraten, wie externe Kosten künftig in Konzernbilanzen besser berücksichtigt werden können.

Er konnte bereits Unterstützer, wie den Ex-Chef von Puma und heutigen Vorsitzenden des Verwaltungsrates Jochen Zeitz, für seine Ideen begeistern. Der Sportartikelhersteller Puma hat als erster Milliardenkonzern eine ökologische Gewinn- und Verlust-Rechnung vorgelegt. Puma betrachtete dabei seine fünf wichtigsten Umweltindikatoren Treibhausgasemissionen, Wasserverbrauch, Landverbrauch, Luftverschmutzung und Abfallproduktion sowie die Herstellung der Rohmaterialien Baumwolle und Leder. Die errechneten Umweltkosten im Jahr 2010 lagen bei rund 145 Millionen Euro. Im Vergleich dazu lag der Konzerngewinn 2010 bei 202 Millionen Euro. Würde Puma also die Kosten, die sie durch ihr Wirken der Natur aufbürdet, vom Gewinn abziehen, würde dieser um gut 70 Prozent sinken.

Die Hauptkosten fallen auf den untersten drei Produktionsstufen, insbesondere bei der Herstellung von Rohmaterialien an. Auf diese Stufen hat Puma nach eigenen Angaben am wenigsten Einfluss, da die Produktion fast komplett ausgelagert wurde. Gut zwei Drittel der externen Umweltkosten von Puma entstehen in Asien. Nun stellt sich die Frage, welche Maßnahmen Puma ergriffen hat, um die Umweltschäden zu minimieren. In einer ökologischen Gewinn- und Verlustrechnung für Produkte, die der Sportartikelhersteller im Oktober 2012 vorstellte, analysiert und bewertet das Unternehmen die Umweltauswirkungen zweier Produkte seiner sogenannten InCycle-Kollektion im Vergleich zu denen von zwei herkömmlichen Puma-Produkten. InCycle-Produkte weisen erstmalig einen geschlossenen Produktlebenszyklus vor und haben die Zerti-

fizierung „Cradle-to-Cradle Certified(CM) Basic“ der Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA) erhalten. Sie sind vollständig biologisch abbaubar oder können wiederverwertet werden. Die Untersuchung ergab, dass der Öko-Basketballschuh und das Öko-T-Shirt die Umwelt um 31 Prozent weniger belasten als vergleichbare herkömmliche Puma-Produkte.

Nach Ansicht von Umweltorganisationen wie dem Global Nature Fund reichen freiwillige Absichtserklärungen von Unternehmen jedoch nicht aus, um den Verlust der biologischen Vielfalt einzudämmen. Sie fordern, eine verpflichtende ökologische Gewinn- und Verlustrechnung für wesentliche Umweltaspekte wie Landverbrauch, Wasser oder CO₂ einzuführen, da aus einer Verpflichtung weitere Lenkungselemente wie Steuern auf den Verbrauch von Naturkapital eingeführt werden können. Umweltschädliche Güter würden somit teurer und die Hersteller müssten für die verursachten Schäden aufkommen.

Monetäre Bewertung von Ökosystemdienstleistungen

Bisher sind dem Puma-Beispiel allerdings nur wenige Unternehmen gefolgt. Dabei dient der Guide to Corporate Ecosystem Valuation (CEV) des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) Firmen als Anleitung, wie sie Ökosystemleistungen bewerten können. Dieser Leitfaden hilft den Konzernen die Bedeutung biologischer und biophysikalischer Einheiten zu monetarisieren. Um den größten ökonomischen Nutzen im Zusammenhang mit der Renaturierung von Abbaustätten zu ermitteln, nutzen beispielsweise die Bauunternehmen Lafarge und Holcim den CEV-Guide. Auch der Chemiekonzern AkzoNobel vergleicht mithilfe der monetären Bewertung, wie sich unterschiedliche Produktionstechniken auf die Umwelt auswirken. Mit Unterstützung dieser monetären Bewertung von Ökosystemdienstleistungen können Unternehmen Umweltschäden reduzieren und unternehmerische Kosten senken.

Die monetäre Bewertung von Biodiversität und Umwelteinwirkungen ist mit großen Potenzialen, aber auch mit einigen Problemen verbunden. Einerseits hilft sie, dass Unternehmen Ökosystemleistungen nicht mehr als kostenloses Gut ansehen, andererseits machen umweltökonomische Bewertungsinstrumente nur einen kleinen Ausschnitt des tatsächlichen Verbrauchs sichtbar. Hier ist die Politik gefragt, gemeinsam mit der Wirtschaft einheitliche Vorgaben für monetäre Bewertungsverfahren auszuarbeiten und Wege zu suchen, wie Naturkapital in unternehmerische Bilanzen einbezogen werden kann.

Biodiversitätsschutz ist aktives Risikomanagement

Politische Reglementierungen sollen Unternehmen jedoch nicht davon abhalten selbst tätig zu werden. Im Gegenteil: Unternehmen, die sich frühzeitig mit ihren Umweltauswirkungen beschäftigen, sichern die Lieferkette ab, bauen die Beziehung zu Stakeholdern aus, ziehen sozial verantwortliche Investoren an, verbessern die Arbeitsproduktivität, und nehmen gleichzeitig rechtliche Anforderungen vorweg.

Neben diesen Chancen, die der Biodiversitätsschutz mit sich bringt, müssen Unternehmen auch die vielfältigen direkten und indirekten unternehmerischen Risiken aus dem Biodiversitätsverlust berücksichtigen (siehe Kasten).

Um Risiken zu minimieren und Geschäftsprozesse sowie Wertschöpfungsketten systematisch auf Bezüge zur Biodiversität zu überprüfen, können Unternehmen verschiedene Instrumente anwenden. Der Biodiversitäts-Check der Europäischen Business&Biodiversity-Kampagne (EBBC) ist ein solches Hilfsmittel. So hat der Automobilkonzern Daimler anhand des Checks einen Überblick gewonnen, welche Abteilungen beziehungsweise welche betrieblichen Abläufe Einfluss auf Ökosysteme und die Artenvielfalt haben. Mit den Ergebnissen aus dem Biodiversitäts-Check konnte Daimler zielgerichtet Maßnahmen für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen und den Schutz der Natur in Angriff nehmen. Dazu gehören die Berücksichtigung der vertikalen Fläche durch eine Fassadenbegrünung mit Efeu, die Anpflanzung von heimischen Arten, eine negative Bewertung von asphaltierten Flächen und Neobiota, also Arten, die sich in einem Gebiet etabliert

Die wichtigsten unternehmerischen Risiken

Physische Risiken

- ▶ Mangelnde Verfügbarkeit von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen
- ▶ Mangelnde Verfügbarkeit von Betriebsmitteln wie sauberes Wasser
- ▶ Einbußen beim ästhetischen Wert der Natur

Regulatorische Risiken

- ▶ Auflagen für die Gewinnung tierischer Rohstoffe, zum Beispiel Fangquoten
- ▶ Auflagen für die Nutzung von Umweltmedien, zum Beispiel Verschärfung der Emissionsgrenzwerte

Marktpreisrisiken

- ▶ Erhöhung der Preise für pflanzliche und tierische Rohstoffe

Marktrisiken

- ▶ Veränderung des Einkaufsverhaltens durch eine stärkere Berücksichtigung von Artenschutzkriterien

Rechtsrisiken

- ▶ Klagen im Hinblick auf die Beteiligung von Branchen beziehungsweise Unternehmen am Artensterben
- ▶ Umweltschadenshaftung

Reputationsrisiken

- ▶ Stigmatisierung von Branchen beziehungsweise einzelnen Unternehmen aufgrund negativer Auswirkungen auf die Artenvielfalt

Quelle: oekom research (2012)

haben, in dem sie vorher nicht heimisch waren, sowie technische Maßnahmen wie eine insektenfreundliche Beleuchtung.

Neben dem Biodiversitäts-Check der EBBC ist der auf unternehmerische Abhängigkeiten von Biodiversität und Ökosystemleistungen fokussierte „Ecosystem Services Review“ (ESR) des WBCSD ein guter Leitfaden zur Risikominimierung und Chancenoptimierung. Das Forstunternehmen Mondi konnte auf Basis der

ESR-Analysen seinen kritischsten Produktionsfaktor, den Wasserverbrauch, durch die verstärkte Entfernung invasiver Arten in seinen Plantagen deutlich reduzieren. Der Verlust der Biodiversität hat seinen Preis. Nur Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Natur bewusst sind und die Biodiversitätsrisiken in ihr Unternehmensmanagement einkalkulieren, können nachhaltig und effizient wirtschaften.

Der Betriebswirt Sven Stöbener ist Umweltberater bei dem kanadischen Umweltberatungsunternehmen Okapi Environmental Consulting und ehemaliger Presseverantwortlicher der Europäischen Business & Biodiversity Kampagne.

Kontakt: Tel. +49
(0)1577 8212217
E-Mail: sven.stoebener@gmail.com



Gesundheitspolitik

Umweltschutz beugt Krankheit vor

Umwelterstörung wirkt sich negativ auf die menschliche Gesundheit aus, die Politik handelt aber nur zögerlich

Neun von zehn BürgerInnen sind besorgt über die Folgen von Umweltverschmutzungen für ihr physisches und psychisches Wohl. Auch im 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) nehmen Gesundheitsschutz und Lebensqualität eine wichtige Rolle ein. Für eine wirksame Prävention muss hier aber noch nachgebessert werden. ■ VON ANNE STAUFFER, HEAL

Es besteht kein Zweifel daran, dass Umweltverschmutzungen ein zentraler Risikofaktor für unsere Gesundheit sind. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind bis zu 20 Prozent der Krankheits- und Todesfälle in Europa auf Umweltbelastungen und -zerstörung zurückzuführen. Umwelt ist ein wichtiger Faktor bei chronischen Krankheiten wie Asthma und Bronchitis. Aber auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, Unfruchtbarkeit oder Entwicklungsschäden von Kindern können auf Umweltverschmutzungen zurückgehen. Diese umweltbedingten Krankheitsbilder bedeuten Mehrkosten für Wirtschaft und Gesundheitssystem.

Gesundheitsschutz und Verbesserung der Lebensqualität sind deshalb auch zentrale Prioritäten des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der Europäischen Union. Den Einsatz gefährlicher Chemikalien zu begrenzen, ist dabei ein wichtiges Anliegen. Aber auch Lebensmittelsicherheit und gute Wasserqualität sowie die Vermeidung von Luftverschmutzungen, Abfall und Lärm müssen durch gezielte Maßnahmen

sichergestellt werden. Damit das 7. UAP allerdings wirksam zur Gesundheitsprävention beiträgt, müssen Europaparlament und Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag nachbessern.

7. UAP darf Warnungen der Wissenschaft nicht länger ignorieren

2002 ist das 6. UAP in Kraft getreten. Seither hat die Forschung zahlreiche neue Erkenntnisse über umweltbedingte Erkrankungen gewonnen. Zwei Aspekte sind dabei von besonderer Bedeutung: Erstens konnten WissenschaftlerInnen in verschiedenen Studien nachweisen, dass schon eine geringe Konzentration von Schadstoffen für Menschen gesundheitsschädlich sein kann. Zweitens zeigten die ForscherInnen, dass die Schadstoffaufnahme in bestimmten menschlichen Entwicklungsphasen unwiderrufliche gesundheitliche Folgewirkungen haben kann. Nehmen Kinder zum Beispiel im Mutterleib oder in ihren ersten Lebensjahren Schadstoffe auf, beeinflusst das ihre biologische Entwicklung und erhöht das Risiko für chronische Erkran-

kungen im erwachsenen Lebensalter. Um die Gesundheit von besonders gefährdeten Gruppen wie Kindern, Schwangeren und chronisch Kranken zu schützen, muss das 7. UAP folgende Bereiche stärken: gefährliche Chemikalien, Human-Biomonitoring, Luftqualität, Lärm sowie Klimawandel und Gesundheit.

Gefährliche Chemikalien konsequent verbieten

Bei gefährlichen Chemikalien sollte das Hauptaugenmerk des 7. UAP auf der Gefahrenvermeidung liegen. Bereits die EU-Gesetzgebung der letzten Jahre sieht vor, hochgefährliche Chemikalien nicht mehr zuzulassen oder ihre Verwendung zu beschränken. Passiert ist in dieser Hinsicht bisher allerdings zu wenig. Für hormonell wirksame Stoffe, sogenannte endokrine Disruptoren (EDC), sollte das 7. UAP außerdem Fristen zur Überarbeitung der Gesetze und zur Prüfung der bislang erteilten Zulassungen setzen. Das Europaparlament hat gerade erst festgestellt, dass die EU nicht den endgültigen Beweis für einen

kausalen Zusammenhang zwischen EDC und Krankheiten abwarten dürfe, bevor sie Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit ergreift. Das 7. UAP sollte Rückenwind geben, um Belastungen für Mensch und Umwelt durch Chemikaliencocktails zu verringern.

Auch zur Erforschung gesundheits-schädlicher Schadstoffbelastungen sind weitere Anstrengungen nötig. Hier ist vor allem das Human-Biomonitoring zu stärken, die Untersuchung von Blut, Urin und Haaren auf Fremdstoffe. Dies ist ein unerlässliches Instrument zur Erfassung der Schadstoffbelastung im menschlichen Körper und der Gesundheitsgefährdung. Ein erstes EU-finanziertes Projekt namens Cophes/Democophes hat hierzu erstmals einheitliche Daten geliefert: 35 Forschungseinrichtungen aus allen EU-Staaten haben einheitliche Monitoring-Methoden erarbeitet und eine erste Pilotstudie durchgeführt. Die WissenschaftlerInnen untersuchten 4.000 Urin- und Haarproben von Kindern und ihren Müttern aus 17 europäischen Ländern auf Spuren von Quecksilber, Cadmium, Cotinin (ein Indikator für die Belastung mit Passivrauchen) und fünf Weichmachern. In sechs Ländern wurde auch die Belastung mit Bisphenol A, Paraben und Triclosan analysiert.

Biomonitoring ist ein wichtiges Instrument, um die Wirksamkeit der europäischen Chemikaliengesetze zu kontrollieren. Auch für ökonomische Analysen kann es interessante Erkenntnisse liefern: Auf Grundlage der Daten zu Quecksilber im Körper haben WissenschaftlerInnen errechnet, dass die EU jährlich bis zu neun Milliarden Euro Gesundheitskosten einsparen könnte, wenn die Quecksilberbelastung sinkt.

Emissionen senken, Gesundheit schützen

Viele gefährliche Schadstoffe nehmen wir über die Luft auf. Dabei haben wir EuropäerInnen ein „Recht auf saubere Luft“ – egal ob draußen oder drinnen. Das 7. UAP muss diesem Anspruch gerecht werden. Für Innenraumluft sollte das Programm den Weg zu einer umfassenden EU-Strategie aufzeigen. Für die Luftqualität im Freien müssen die EU-Grenzwerte an die

WHO-Empfehlungen angeglichen werden. Im EU-Jahr der Luft 2013 sollten dementsprechend ambitionierte politische Maßnahmen selbstverständlich sein.

Auch beim Verkehrslärm fehlt in der Europäischen Union bislang eine ehrgeizige Politik zum Schutz von Mensch und Umwelt. Zwar konnte die Lärmschutzpolitik in den letzten Jahren Fortschritte bei der Erfassung von Lärm machen, es passiert aber zu wenig, um Lärm zu mindern und zu vermeiden. Verbindliche Lärmgrenzwerte sind notwendig. Das 7. UAP muss außerdem mehr Engagement bei der Bekämpfung des Klimawandels und ehrgeizige Reduktionsstrategien für CO₂ und andere Klimagase einfordern. Denn schon heute hat die globale Erderwärmung Folgen für die Gesundheit der Menschen in Europa.

Oft wird argumentiert, Umweltschutz koste zu viel und bremse die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Sichtweise übersieht aber den immensen Mehrwert, den ein nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaftssystem für die Gesundheit bringt. Europaparlament und Mitgliedstaaten sind daher gefordert, die Weichen für mehr Gesundheitsprävention im 7. UAP zu stellen, um das Leben der Menschen konkret zu verbessern.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ HEAL-Positionspapier zum 7. UAP: www.env-health.org
- ▶ Europäischer Gesundheitsbericht der WHO (2012): www.kurzlink.de/who-europ-health2012
- ▶ WHO-Bericht über Luftverschmutzung und Gesundheit (REVIHAAP): www.kurzlink.de/who-revihaap
- ▶ Human-Biomonitoring in der EU: www.cophes.eu
- ▶ Studie zu Quecksilber-Folgekosten: www.ehjournal.net/content/12/1/3

Die Soziologin und Politologin Anne Stauffer ist stellvertretende Geschäftsführerin der Health and Environment Alliance (HEAL) mit Sitz in Brüssel. Sie koordiniert die politische Arbeit mit den EU-Institutionen.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 23436-43,
Fax -49, E-Mail:
anne@env-health.org,
www.env-health.org



Vom Wert des Innehaltens

Immer schneller, immer mehr – diese Maxime ist mittlerweile zum Credo unserer Zeit geworden. Doch was, wenn das schnelle Leben immer mehr zur Last wird?

Dann ist es höchste Zeit für ein Umsteuern. Der Zeitexperte Karlheinz A. Geißler zeigt, warum wir Langsamkeit, Wiederholung und Warten wieder schätzen sollten. Denn es sind diese Zeiten des »Dazwischen«, die die Dinge und Abläufe auf Abstand bringen und uns die Freiräume schaffen, darüber nachzudenken, was war und was kommen wird.

K. A. Geißler

Lob der Pause

Von der Vielfalt der Zeiten und der Poesie des Augenblicks

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-320-6
E-Book: 978-3-86581-365-7



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Recycling

Deutschland übertrifft 2020-Ziele

■ Das EU-Ziel, bis 2020 die Hälfte der Hausabfälle zu recyceln, hat Deutschland bereits jetzt erreicht und den Plan sogar übererfüllt. 62 Prozent der Haus- und Siedlungsabfälle werden hier wieder in den Rohstoffkreislauf eingebracht. Das geht aus einer Studie der Europäischen Umwelt Agentur (EUA) hervor, die Mitte März veröffentlicht wurde. Demnach sind Österreich, Deutschland, Belgien und die Niederlande Vorreiter bei der Erfüllung des ehrgeizigen EU-Ziels.

Zwar entwickelt sich die europäische Abfallwirtschaft laut EUA-Bericht langsamer als per Gesetz vorgeschrieben. Dennoch wurden seit 2001 immer weniger Müll auf Deponien entsorgt und mehr Abfälle recycelt. Allerdings: Auch wenn die Recyclingquote in der EU ansteigt, können nicht alle Mitgliedsländer die Anforderungen erfüllen. Noch immer würden durch die Entsorgung von Abfällen auf Mülldeponien in Europa wertvolle Ressourcen verschenkt, mahnte die EUA.

Längst ist Abfall auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden und hat der privaten Recyclingwirtschaft zu schnellem Wachstum verholfen. In Deutschland beträgt der jährliche Gesamtumsatz der Recyclingbranche gut 50 Milliarden Euro. [dh]

- ▶ Zur EUA-Studie (engl., PDF, 5 MB): www.kurzlink.de/study-recycl-eu.pdf

Meeresmüll

Plastiktüten sollen kosten

■ Der Präsident des Umweltbundesamts (UBA) Jochen Flasbarth hat sich Medienberichten zufolge bei einer Konferenz zu Meeresmüll für die Einführung einer

Steuer auf Plastiktüten ausgesprochen. Diese könnten dann nicht mehr kostenlos in Geschäften abgegeben werden. Ziel ist die Verringerung von Plastikmüll. Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach sich jedoch umgehend gegen die Einführung einer solchen Abgabe aus. Das Problem solle durch mehr Recycling gelöst werden.

Eine Abgabe auf Plastiktüten gibt es bereits in Irland. Eingeführt 2002, wurde sie 2007 auf 22 Cent erhöht und hat dem irischen Umweltministerium zufolge zu einer Verringerung der Plastiktütennutzung von jährlich 328 Tüten auf nur noch 21 Tüten pro Kopf geführt. Die Steuererlöse fließen in Umweltprojekte. Die Deutschen benutzen laut UBA durchschnittlich 71 Plastiktüten im Jahr. [am]

- ▶ www.umweltbundesamt.de

Endokrine Disruptoren

EU muss Gesundheit der Bevölkerung schützen

■ Mitte März hat das europäische Parlament die EU-Kommission dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Eindämmung endokriner Disruptoren (EDC) zu ergreifen. Das Parlament bezieht sich hierbei auf das Vorsorgeprinzip, das die Kommission dazu verpflichtet, die Verbreitung dieser Chemikalien zu begrenzen. Endokrine Disruptoren beeinträchtigen die Hormonaktivität und schaden der Gesundheit. Das EU-Parlament verlangt eine genaue Definition endokriner Disruptoren in der EU, am besten bezogen auf die Mitte Februar veröffentlichte Definition der Weltgesundheitsorganisation. Bis Juni 2015 soll die EU-Kommission außerdem einen neuen Gesetzesvorschlag zur Eindämmung von EDC vorlegen und diese als besonders besorgniserregende Stoffe unter der EU-Chemikalienverordnung REACH einstufen.

Die Umwelt- und Gesundheitsorganisation HEAL begrüßte die Initiative des EU-Parlaments. Es sei wichtig, dass Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit nicht erst ergriffen werden, wenn der endgültige

Beweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen endokrinen Disruptoren und Krankheiten vorliege, sagte die HEAL Chemikalien-Expertin Lisette van Vilet.

Unterdessen haben sich auch das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung und die britische Aufsichtsbehörde für Chemikalien für eine einheitliche Identifizierung und Bewertung von EDC ausgesprochen. Die Fachbehörden schlagen hierzu ein dreistufiges Verfahren vor. Demnach sollen Stoffe zunächst als endokrine Disruptoren identifiziert, und in einem zweiten Schritt gemäß ihrem Gefährdungspotenzial beurteilt werden. Auf Grundlage dieser Bewertung können schließlich regulatorische Maßnahmen ergriffen werden. [lr, dh]

- ▶ HEAL, Lisette van Vilet, Tel.: +32 (0) 2 / 234 36 45, E-Mail: lisette@env-health.org
- ▶ WHO-Definition von EDCs: www.who.int/ipcs/publications/en/ch1.pdf
- ▶ Positionspapier von BfR und CRD (engl., PDF): www.kurzlink.de/bfr-crd-pospap-edc

REACH-Zulassung

NGOs wollen beteiligt werden

■ Zusammen mit zehn weiteren europäischen Umwelt- und Gesundheitsorganisationen fordern das Europäische Umweltbüro (EEB) und das International Chemical Secretariat (ChemSec) eine bessere Beteiligung von NGOs im REACH-Zulassungsverfahren. Anfang April verschickten sie entsprechende Empfehlungen an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA), die EU-Kommission, das europäische Parlament und die Mitgliedstaaten.

Der Zulassungsprozess unter der REACH-Verordnung steckt noch in den Kinderschuhen. Er entscheidet darüber, ob als besonders besorgniserregende Stoffe (SVHCs) identifizierte Chemikalien aus dem Verkehr gezogen oder weiterhin für bestimmte Zwecke zugelassen werden. Die NGOs wollen sicherstellen, dass besonders besorgniserregende Stoffe, für die es sichere Alternativen gibt, zukünftig nicht mehr genutzt werden dürfen. Die NGOs

sprechen hierfür Empfehlungen aus und zeigen, wie eine aktive Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure und eine höhere Transparenz des Zulassungsprozesses hergestellt werden können. [dh]

► NGO-Papier (engl.): www.kurzlink.de/reach-autho-ngopart

Chemikalienbewertung

Mehr Informationen benötigt

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat Ende März eine erste Aktualisierung des fortlaufenden Aktionsplans der Gemeinschaft (CoRAP) zur Bewertung chemischer Stoffe veröffentlicht. Die zuständigen EU-Mitgliedstaaten bewerteten hierfür im vergangenen Jahr 36 Substanzen. Bei 32 dieser als gefährlich geltenden Stoffen liegen allerdings keine ausreichenden Informationen über Risiken, Auswirkungen und andere Fragen vor.

Der CoRAP listet im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH Stoffe zur Bewertung auf. Für das erste Jahr 2012 wurden 36 Stoffe sowie die Mitgliedstaaten bestimmt, die für die Bewertung zuständig sind. Unter den Substanzen mit fehlenden Informationen ist der umstrittene Weichmacher Bisphenol A zuständig für die Be-

wertung ist Deutschland. Nur in vier Fällen kamen die Mitgliedstaaten zu dem Schluss, keine weiteren Informationen durch die registrierenden Unternehmen mehr zu benötigen: Ethylenoxid, Tributylphosphat, M-Tolyldiisocyanat und Toluol. [jg]

► CoRAP: www.kurzlink.de/echa-reach-corap

Gefährliche Chemikalien

Einstufung war rechtmäßig

■ Anthracenöl, Anthracenpaste und andere Substanzen sind zu Recht als besonders besorgniserregend eingestuft worden. Das entschied der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in einem Urteil vom 7. März. Unternehmen aus dem Bereich der Kohlechemie hatten gegen die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) geklagt. Die mündlichen Verhandlungen fanden schon im Herbst 2012 statt, die Urteile ergingen aber erst jetzt. Demnach seien die Einstufung von Pech und Kohlentee (Hochtemperatur), Anthracenöl und Anthracenpaste als besonders besorgniserregend und die sich daraus ergebenden Folgen für die Unternehmen verhältnis- und rechtmäßig.

Der Argumentation, Anthracenöl beziehungsweise Anthracenpaste würden hauptsächlich als Zwischenprodukt für die

Herstellung von Industrieruß, reinem Anthracen oder Carbazol vorkommen, weshalb auch mildere Vorschriften zum Schutz von Umwelt und menschlicher Gesundheit ausreichen, wollte das Gericht nicht folgen. Carbazol gilt als geeigneter Stoff für die Speicherung von Wasserstoff bei der Entwicklung von wasserstoffbetriebenen Kraftfahrzeugen. [jg]

► EuGH-Urteil: www.kurzlink.de/eugh-urteil-t-94-10

Nanotechnologie

Bilanz Forschungsstrategie

■ Nanotechnologie gilt als zukunftsweisend für das 21. Jahrhundert und eröffnet neue Chancen für Ressourcen- und Energieeffizienz. Auswirkungen von Nanomaterialien auf Umwelt und Gesundheit sind allerdings noch nicht hinreichend bekannt. Fünf Bundesbehörden und Ressortforschungseinrichtungen, darunter das Umweltbundesamt, wollen diese nun untersuchen und zogen Ende März eine positive Zwischenbilanz ihrer Forschungsstrategie.

In 85 Projekten wollen die Experten Nanomaterialien näher charakterisieren und die Belastungen von Mensch und Umwelt mit aus Nanomaterialien freige-

Nachhaltigkeit

A-Z

U wie Unternehmenspraxis

Klimaerwärmung, Ressourcenverknappung, demografischer Wandel: »Business as usual« wird nicht ausreichen, um diese Probleme zu lösen. Wie können kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ihrer Verantwortung gerecht werden und Nachhaltigkeitsaspekte in ihrer Arbeit systematisch berücksichtigen? Dieses Buch bietet einen praxisorientierten Blick auf Rahmenbedingungen und Instrumente – und zukunftsfähige Lösungsansätze zu deren Umsetzung.

A. Grothe (Hrsg.)
Nachhaltiges Wirtschaften für KMU
 Ansätze zur Implementierung von Nachhaltigkeitsaspekten
 268 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-281-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

setzten Partikeln ermitteln. Darüber hinaus formuliert die Forschungsstrategie auch Leitlinien für ein erfolgreiches Risikomanagement. Erste Erfolge vermehren die Behörden bei der Entwicklung von Mess- und Testverfahren und bei der Risikobewertung. Dennoch besteht noch weitergehender Forschungsbedarf für eine bessere Einordnung von Nanomaterialien in den Bereichen Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz. [dh]

- Bilanz „Nanotechnologie – Gesundheits- und Umweltrisiken von Nanomaterialien“: www.kurzlink.de/bilanz-nano-2013.pdf

Luftreinhaltung

Mehr tun gegen schlechte Luft

■ Eine Mehrheit von BürgerInnen, ExpertInnen, Nichtregierungsorganisationen und Behörden spricht sich für strengere Regeln zur Luftreinhaltung aus. Das ist das vorläufige Ergebnis einer EU-Konsultation, das Anfang April in Brüssel bekannt wurde. Die EU-Kommission hatte 2013 zum „Jahr der Luft“ erklärt und verschiedene Gesetzesinitiativen und Überarbeitungsvorschläge für die Luftreinhaltungspolitik der EU angekündigt. In einer öffentlichen Konsultation befragte die Kommission bis März hierzu Privatpersonen und ExpertInnen aus allen EU-Staaten. Eine große Mehrheit der Befragten sprach sich dabei für striktere Regeln und strengere Begrenzungen für den Ausstoß von Luftschadstoffen aus.

Im Rahmen der geplanten Überarbeitung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe forderten die Konsultationsteilnehmer bis 2020 ambitionierte Grenzwerte für die Abgabe von Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, flüchtigen organischen Verbindungen und Ammoniak in die Luft. Auch der Vorschlag, bis 2020 verbindliche Luftqualitätsstandards für Feinstaub einzuführen, fand breite Zustimmung. Die befragten Experten sprachen sich außerdem

dafür aus, die EU-Gesetzgebung zur Luftreinhaltung stärker an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu binden. Diese hatte die EU Anfang Februar zu einer Verschärfung ihrer Luftqualitätsnormen aufgerufen (umwelt aktuell 03.2013, S. 10). [dh]

- Vorläufige Auswertung der Konsultation (engl.): www.kurzlink.de/result-airqual-2013

Luftschadstoffe

Emissionen in sieben EU-Staaten zu hoch

■ Die in Europa vorgeschriebenen Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe wurden im Jahr 2011 laut Europäischer Umweltagentur (EEA) größtenteils eingehalten. Sieben EU-Mitgliedstaaten hatten jedoch Probleme, die Stickstoffoxidgrenzwerte (NO_x) zu unterschreiten. Neben Luxemburg, Österreich, Frankreich, Belgien, Spanien und Irland hielt auch Deutschland die NO_x-Werte nicht ein. Deutschland, Spanien und Finnland überschritten nach EEA-Daten für 2011 außerdem die nationalen Emissionshöchstmengen für Ammoniak (NH₃). Auch bei den flüchtigen organischen Verbindungen (ohne Methan) hat Deutschland die Grenzwerte überschritten. Damit ist es der einzige EU-Staat, der bei drei von vier Luftschadstoffen über dem Limit liegt. [jg]

- EEA-Studie: www.eea.europa.eu/highlights/air-pollution-breaches-of-lega

Kohlekraftwerke

Deutschlands schmutzigste Zehn

■ Die Umweltorganisation Greenpeace hat eine Studie zu den gesundheitlichen Folgen der Kohleverstromung in Deutschland vorgestellt. Denn neben den klimaschädlichen CO₂-Emissionen setzen

Kohlekraftwerke auch andere gefährliche Schadstoffe frei. Schwefeldioxid, Stickoxide und Feinstaub können zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen. Laut Studie führten die Emissionen deutscher Kohlekraftwerke im Jahr 2010 zu 3.100 verfrühten Todesfällen. Zu den zehn gefährlichsten Kraftwerken zählen neun Braunkohleanlagen und eine Steinkohleanlage. Das schmutzigste Kraftwerk dieser Top Ten ist der Braunkohleleimer Jänschwalde in Brandenburg, der von Vattenfall betrieben wird.

Greenpeace wirft der Bundesregierung vor, den Ausstieg aus dem Kohlestrom trotz der hohen Gesundheits- und Umweltrisiken versäumt zu haben. Die Verfeuerung von Kohle ist von 2009 bis 2012 sogar weiter gestiegen. [lr]

- Link zur Studie: www.kurzlink.de/gp-dreackige-kkw.pdf

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Weltsozialforum

Ökologie und Soziales zusammendenken

■ Unter dem Tagungsmotto „Würde“ hat vom 26. bis 30. März in Tunis das elfte Weltsozialforum stattgefunden. VertreterInnen der sozialen Bewegung und KlimaaktivistInnen aus der ganzen Welt legten bei ihrem diesjährigen Treffen auch einen Schwerpunkt auf die internationale Klimapolitik. In einem extra eingerichteten Klimaraum hielten die AktivistInnen Seminare und Vernetzungstreffen ab und forderten mehr Klimagerechtigkeit.

Die Bandbreite der klimapolitischen Themen reichte von technischen Diskussionen über Fracking, Atomkraft oder erneuerbare Energien bis zu Debatten über Klimaflüchtlinge. Viele konkrete Ergebnisse lieferte das diesjährige Forum allerdings nicht. Immerhin initiierten europäische KlimaschützerInnen eine Vernetzung von

Energie- und Klimakampagnen in Europa. Das Weltsozialforum findet seit 2001 als Gegenveranstaltung zu jährlichen Wirtschaftsgipfeln der Industrienationen statt. Inzwischen ist es zu einem Symbol für die weltweite Bewegung der Globalisierungskritiker geworden. [dh]

► www.weltsozialforum.org

Bertelsmann-Studie

Wohlstand auf Kosten von Umwelt und Kindern

■ Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer Studie die Generationengerechtigkeit in den OECD-Staaten verglichen. Anfang April wurden die Ergebnisse veröffentlicht: Demnach gefährden die Industrienationen durch hohe Verschuldung und übermäßigen Umweltverbrauch die Zukunft kommender Generationen. Umwelt- und Sozialverbände kritisieren den Kurs der Industrienationen seit Langem, die Studie drückt diese Kritik nun auch in Zahlen aus.

Demnach trägt schon jetzt jedes Kind in Deutschland einen Anteil von rund 200.000 Euro an der Staatsverschuldung. In vielen Staaten sei das Verhältnis zwischen Kinder- und Altersarmut besorgniserregend. Der Anteil der armen Kinder ist oft deutlich höher als der Anteil armer Senioren. Neben der Verteilung von Einkommen und Staatsverschuldung analysiert die Studie auch den Ressourcenverbrauch der Industrienationen. In allen OECD-Ländern liegt dieser bei Weitem über einem für die Erde verkraftbaren Maß.

Die Bertelsmann-Stiftung sieht in allen OECD-Staaten großen Handlungsbedarf für mehr Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Investitionen in Bildung und umweltbezogene Steuern seien nötig, um das bestehende Ungleichgewicht auszugleichen, sagten die Forscher. [dh]

► Studie (PDF, 1,2 MB):
www.kurzlink.de/bertelsm-genger2013

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Emissionshandel I

EU-Parlament blockiert ETS-Reform

■ Mit einer Mehrheit von 334 zu 315 Stimmen haben die Europaabgeordneten Mitte April die geplante Sanierung des europäischen Emissionshandels (ETS) gestoppt.

Um dem rapiden Preisverfall im ETS entgegenzuwirken, hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, kurzfristig 900 Millionen Emissionszertifikate vom Markt zu nehmen. Noch im Februar hatte der Umweltausschuss des EU-Parlaments mit großer Mehrheit für den sogenannten Backloading-Vorschlag der Kommission gestimmt, in der vergangenen Woche war aber die Stimmung im Parlamentsplenum umgeschwenkt.

Das Plenum verwies den Vorschlag jetzt zu neuen Beratungen an den zuständigen Umweltausschuss zurück. Auch die EU-Kommission wird überlegen, ob sie weiterhin an dem Gesetzesvorschlag festhalten will. Die irische Ratspräsidentschaft machte hingegen klar, dass die Reform des ETS für sie auch weiterhin eine große Bedeutung hat.

Umweltverbände zeigten sich nach der Abstimmung empört und kritisierten das Scheitern des Backloadings scharf. „Dieser Minimalkonsens wäre nur der erste Schritt für eine grundlegende Reform des Emissionshandels gewesen. Wenn Europa schon an dieser Hürde scheitert, stehen nun wieder verstärkt nationale Klimaschutzanstrengungen ganz oben auf der Agenda. Das Europäische Parlament hat eine europäische Klimaschutzpolitik aus einem Guss in den kommenden Jahren für Makulatur

erklärt“, sagte Juliette de Grandpré, Expertin für Emissionshandel beim WWF.

Das Backloading galt als wichtiger Schritt, um die CO₂-Preise im ETS wieder zu stabilisieren. Insgesamt gefährdet ein gewaltiger Überschuss an CO₂-Emissionszertifikaten die Preisstabilität und damit die Funktionsfähigkeit des ETS. Grund dafür ist die Krise der europäischen Wirtschaft seit 2009. Aber auch falsche Rahmenbedingungen wie beispielsweise viele kostenlos zugeteilte Zertifikate sind Ursache für den Preisverfall am europäischen Emissionsmarkt. [dh]

- EU-Parlament zu Emissionshandel:
www.kurzlink.de/ets-stopp-eu-parl
- WWF zu Emissionshandel:
www.kurzlink.de/ets-stopp-kritik-wwf

Emissionshandel II

Wissenschaftler fordern Stärkung

■ In einem offenen Brief haben 42 deutsche Wissenschaftler Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende März dazu aufgefordert, strukturellen Reformen des europäischen Emissionshandels nicht länger im Weg zu stehen. Der europäische Emissionshandel sei ein notwendiger und wichtiger Bestandteil für das Gelingen der Energiewende, erklärten die Wissenschaftler. Um die Funktionalität des Emissionshandels wieder anzukurbeln, sei es daher wichtig, dem Backloading-Vorschlag der EU-Kommission zuzustimmen. Die Kommission will rund 900 Millionen CO₂-Zertifikate kurzfristig vom Markt zu nehmen und so bessere Rahmenbedingungen für klimafreundliche Investitionen schaffen. Bislang konnte sich die Bundesregierung nicht auf eine einheitliche Position verständigen. Bundesumweltminister Peter Altmaier unterstützt den Kommissionsvorschlag, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler spricht sich jedoch dagegen aus. [lr]

► Offener Brief:
www.kurzlink.de/offenerbrief-ets0313

EU-Klimaziele**Grünbuch zu schwach**

■ Am 27. März hat die EU-Kommission ein Grünbuch zu neuen 2030-Klimazielen vorgestellt. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) begrüßte den Vorschlag der EU-Kommission zur Klima- und Energiepolitik nach 2020 grundsätzlich, bewertete die Ziele von 40 Prozent Treibhausgasreduktionen und 30 Prozent erneuerbaren Energien aber als deutlich zu schwach. „Der Weltklimarat hat klar darauf hingewiesen, dass Industrieländer ihre Emissionen schon bis 2020 um bis zu 40 Prozent senken müssen, um die Klimaerwärmung einzudämmen. Es kann nicht sein, dass Europa dieses Ziel erst zehn Jahre später erreicht“, kritisierte DNR-Präsident Hartmut Vogtmann.

Aus Sicht des DNR könnte Europa seine Treibhausgase bis 2030 schon um 55 Prozent reduzieren, wenn es auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt. „Die Kommission vernachlässigt, dass Effizienz mehr als die Hälfte der CO₂-Reduktionen stemmen kann, und noch dazu die Kosten der Energiewende bremst. Der Vorschlag einiger Länder, nur noch ein Ziel für Treibhausgase zu vereinbaren, wäre daher Wahnsinn. Das würde bedeuten, dass wir in Europa Atomkraft fördern, bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz aber Stillstand bekommen“, warnte Vogtmann. [sl]

- ▶ DNR, Klima- und Energieexpertin Stefanie Langkamp, Tel. +49 (0)30 / 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de
- ▶ Zum Grünbuch: www.kurzlink.de/eu-2030-clima-gb0313
- ▶ Zur Konsultation: www.kurzlink.de/2030clima-eu-consult

CO₂-Emissionen**Industrie verringert Ausstoß**

■ 2012 sind die CO₂-Emissionen der im EU-Emissionshandel (ETS) registrierten Unternehmen leicht zurückgegangen. Im Vergleich zu 2011 stießen die europäischen Unternehmen 1,4 Prozent weniger CO₂ aus. Das geht aus vorläufigen Daten hervor,

die die EU-Kommission Anfang April veröffentlichte. Demnach sank der CO₂-Ausstoß, obwohl im vergangenen Jahr wieder mehr Energie aus Kohle gewonnen wurde und die CO₂-Preise am ETS abstürzten. Grund hierfür ist nach Ansicht von Experten die Krise der europäischen Wirtschaft. Vor allem der starke Rückgang der CO₂-Emissionen im produzierenden Sektor trug zur Emissionsreduktion bei. Hier sank der Kohlendioxidausstoß um rund vier Prozent, im Energiesektor lediglich um 0,4 Prozent. Während der CO₂-Ausstoß 2012 EU-weit sank, stiegen die Emissionen der deutschen ETS-Unternehmen im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozent. Das liegt vor allem am Umstieg von Gas auf Kohle in der Energiegewinnung. [dh]

- ▶ Vorläufiger Bericht der EU-Kommission (engl.): www.kurzlink.de/co2-emission-ets2012

Erneuerbare Energien I**EU verklagt Polen und Zypern**

■ Polen und Zypern haben die EU-Richtlinie über erneuerbare Energien nicht umgesetzt. Ende März reichte die EU-Kommission deshalb vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) Klage gegen die beiden Staaten ein.

Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie haben sich die EU-Staaten 2009 verpflichtet, bis 2020 im Schnitt 20 Prozent ihres Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken und ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent zu senken. Bis zum 5. Dezember 2010 hatten die Mitgliedstaaten Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. In Polen und Zypern ist das bis heute nicht erfolgt. Für Polen schlägt die Kommission ein tägliches Zwangsgeld in Höhe von 133.228 Euro vor, Zypern soll täglich 11.404 Euro Strafgebühr zahlen. Sollte der europäische Gerichtshof der Klage recht geben, wären die Zwangsgelder vom Tag der Urteilsverkündung bis zum Abschluss der Umsetzung fällig. [dh]

- ▶ www.europa.eu/rapid/Reference:IP/13/259

Erneuerbare Energien II**2020-Ziele in Gefahr**

■ Nur in Schweden, Österreich und Estland läuft der Ausbau der erneuerbaren Energien nach Plan. Alle anderen EU-Mitgliedstaaten laufen Gefahr das Ausbauziel für 2020 zu verfehlen, sollten keine neuen Anreize gesetzt und bürokratische Hürden beseitigt werden.

Das berichtete die EU-Kommission Ende März dem EU-Parlament und Ministerrat. Der Bericht analysiert administrative und bürokratische Hürden, Änderungen der nationalen Ausbaupläne und berücksichtigt auch den Einfluss der andauernden Wirtschaftskrise auf die Investitionsbereitschaft im Erneuerbare-Energien-Sektor.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Aufgrund eines intensiven Ausbaus der Erneuerbaren in 2009 und 2010 konnten fast alle EU-Staaten ihr Zwischenziel für 2010 erreichen oder sogar übertreffen, seither stagniert der Ausbau aber. Die Flaute in der europäischen Wirtschaft könnte jetzt sogar dazu führen, dass einige Staaten bis 2020 hinter den Energiemix von 2010 zurückfallen.

Einzig der Ausbau der Solarenergie scheint dank des starken Wachstums der letzten Jahre auch langfristig gesichert. Bei allen anderen erneuerbaren Energieträgern geht der EU-Kommission der Ausbau nicht schnell genug: Windenergie könne nach derzeitigem Stand bis 2020 nur etwa die Hälfte der geplanten Leistung erzeugen und auch die Biomasseproduktion liege hinter den gesteckten Zielen zurück. [dh]

- ▶ Bericht der EU-Kommission (engl., PDF): www.kurzlink.de/renew-prog-repor2013
- ▶ Begleitende EU-Studie (engl., PDF, 14 MB): www.kurzlink.de/renew-prog-study2013

Energiewende I**Deutschland bleibt Stromexporteur**

■ Durch Windkraft und Solarenergie hat Deutschland im vergangenen Jahr den höchsten Exportüberschuss beim Strom

„Zwischenbilanz Energiewende 2013: Der Verteilungskampf tobt.“

Die Energiewende ist geprägt von heftigen Verteilungskämpfen. Jahrzehntlang aufgebaute Machtgefüge werden angekratzt. Große Konzerne wehren sich dagegen, Marktanteile an kommunale oder lokale Eigenversorger zu verlieren. Statt Stimmungsmache müsse wieder eine ehrliche Debatte geführt werden, sagt der Vorsitzende der IG BAU Klaus WieseHügel.

umwelt aktuell: Was sind für die IG BAU derzeit die größten Hindernisse bei der Umsetzung der Energiewende?

Klaus WieseHügel: Durch die Energiewende wird sich viel ändern. Sie stellt unsere bisherigen Wirtschafts- und Verbrauchsmuster infrage. Darauf fußen jedoch große Teile unseres Selbstverständnisses und der Bequemlichkeit, die wir damit erreicht haben. Entsprechend fällt ein Umdenken schwer. Zumal alle Akteure in Widersprüchen stecken. Die gilt es erst einmal anzuerkennen und dann Schritt für Schritt aufzulösen. Als Gewerkschaften sind wir für den Rückbau fossiler Energien, doch gleichzeitig setzen wir uns für die Interessen unserer Kollegen ein: Und die wollen ihren Job nun mal behalten. Die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Anreizsysteme sind auch nicht so ausgestaltet, dass sie Unternehmen und Verbraucher beim Umdenken unterstützen. So ist Arbeit immer viel höher besteuert als Ressourcenverbrauch. Außerdem werden die Debatten immer komplizierter und sind als Nichtexperte schwer zu überblicken. Diese Unsicherheit wird von verschiedenen Interessengruppen missbraucht, um Stimmung gegen die Energiewende zu machen. Wir müssen aufpassen, dass die Debatten ehrlich und am Menschen geführt werden.

Was für ein Plus versprechen Sie sich von einem umfassenden Gebäudesanierungsförderprogramm für die Konjunktur, an Arbeitsplätzen und Energieeinsparung?

Die energetische Gebäudesanierung ist eine Förderung kommunaler Wirtschaftskreisläufe. Die ausgelösten Wirtschaftseffekte gehen zu 90 Prozent in den Mittelstand und schaffen und erhalten damit circa 300.000 Arbeitsplätze. Außerdem stehen jedem Euro Fördermittel 1,50 Euro zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen gegenüber. Hinzu kommen Einnahmen aus Einkommens- und Körperschaftsteuern und geringere Ausgaben im Sozialbereich. Zudem wird der Verbrauch fossiler Ressourcen reduziert, was CO₂-Emissionen senkt und die Ausgaben für Energieimporte verringert. Auch die einzelnen Haushalte werden vor den steigenden Gas- und Ölpreisen geschützt.

Warum ist es so schwer, ein nachhaltiges Förderprogramm für die Gebäudesanierung politisch und finanziell auf den Weg zu bringen?

Regelmäßig werden Stereotypen gegen Gebäudesanierung aktiviert: schlechtes Raumklima und wuchernder Schimmelpilz, Zerstörung schöner Fassaden und das alles auch noch viel zu teuer. Der Knackpunkt liegt also, wie so oft, in der Finanzierung. Da haben wir in der Legislaturperiode viel hü und hott erlebt. Das Erfolgsmodell des Förderprogramms wurde mit den Kürzungsdiskussionen in den letzten vier Jahren massiv seiner Wirkung beraubt. Nur auf kontinuierlichen Druck wurde wieder aufgestockt. Keiner weiß genau, wie das Programm in den kommenden Jahren ausgestattet sein wird. Damit kann man ja keine sicheren Investitionsentscheidungen treffen. Statt von vornherein reflexartig die Unfinanzierbarkeit anzuprangern, müsste man sich mehr Gedanken über Finanzierungsinstrumente machen. Besonders in den Großstädten ist Bauen und Wohnen in den letzten Jahren zu einem heiklen Thema geworden. Die Mieten steigen wegen des Wohnraummangels sowieso schon. Nun kommen auch noch energetische Sanierungskosten hinzu. Das trifft die Menschen ganz persönlich und verbraucht mehr als ein Drittel des Einkommens. Gerade deshalb muss für die Kostenaufteilung zwischen Eigentümer und Mieter eine gerechte Lösung gefunden werden.

Was fordern Sie von der Bundesregierung, damit die Kosten der Energiewende gerechter verteilt werden?

Wir fordern drei klare Zusagen: Zum ersten brauchen wir die ernsthafte Anerkennung der Belange von Bürgern, die finanzielle Lasten nicht mehr schultern können. Ich finde es widerlich, mit welchem Aufwand in den letzten Monaten Ängste vor steigenden Stromkosten und steigenden Mieten geschürt wurden, um die Energiewende unglaubwürdig zu machen. Politische Entscheidungsträger sollten nicht auf Stimmen hören, die sich vorher noch nie um die sozialen Belange von sozial schwachen Haushalten gekümmert haben. Zweitens ist die Energiewende kein Problem, sondern Teil der Lösung, bei der die Kosten gerechter verteilt werden müssen als bisher. Denn Kosten werden eher mit gutem Willen getragen, wenn Menschen das Gefühl

haben, dass sie nicht mehr zahlen müssen als andere. Drittens fordern wir eine Verstetigung und Aufstockung der Mittel für energetische Gebäudesanierung.

Mit welchen Maßnahmen oder Instrumenten könnte dies umgesetzt werden?

Grundsätzlich muss die gesamte Einkommenssituation der Bevölkerung verbessert werden. Besseres Einkommen vermeidet Armut, auch Energiearmut. Unsere Gewerkschaftskollegen aus dem europäischen Ausland weisen mit Recht darauf hin, dass Deutschland eine Politik der sozialen Spaltung und der Dumpinglöhne verfolgt. Ein Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ohne die Unterhöhung bestehender Tarife ist daher eine wesentliche Maßnahme. Um Energie weiterhin für alle zugänglich zu halten, müssen Sozialtransfers (Arbeitslosengeld/ALG II, Sozialhilfe, Bafög, Grundversicherung im Alter) die steigenden Energiekosten einbeziehen. Grundlage hierfür können die tatsächlichen Verbrauchswerte oder Preisprognosen sein. Wohnungsausstattungen im Rahmen von ALG oder Sozialhilfe sollte mit energieeffizienten Geräten und Beleuchtung erfolgen. Um dafür finanzielle Ressourcen bereitzustellen, sollte man bei den staatlichen Subventionen genauer hinschauen. Fossile Energieträger sind in Deutschland immer noch hoch subventioniert. Vor allem deren Folgekosten von der Renaturierung bis zu Gesundheitsschäden werden von der Gesellschaft getragen, während die Gewinne privatisiert werden. Eine Befreiung von Steuern oder Umlagen für stromintensive Unternehmen ist nur dann zu rechtfertigen, wenn sie real im internationalen Wettbewerb stehen.

[Interview: Ralf Köpke und Marion Busch]

Der Betonbauer Klaus WieseHügel ist seit 1995 Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Kontakt:
Pressestelle, Tel. + 49
(0)69 / 95737-135,
www.igbau.de



seit 2008 erzielt. Das teilte das Statistische Bundesamt Anfang April mit. Im ersten Jahr nach der Energiewende hat die Bundesrepublik demnach ihre Stromexporte im Vergleich zu 2011 vervierfacht, obwohl inzwischen acht von 17 Atomkraftwerken vom Netz genommen wurden. Einer Stromeinfuhr von 43,8 Terrawattstunden (TWh) stehen Exporte von 66,6 TWh gegenüber

Die Produktion von Wind- und Solarenergie ist wetterbedingt stark schwankend. Dadurch kommt es immer wieder zu Stromüberschüssen. Aber auch der neuerliche Aufschwung der Braunkohleenergie hat die Stromproduktion in Deutschland in die Höhe getrieben. Zeitweise rutschte 2012 dadurch sogar der Börsenpreis für Strom ins Minus. [dh]

► www.kurzlink.de/destatis-enexprt2012

Energiewende II

Schäuble bremst Bürgerkraftwerke aus

■ Ein vom Bundesfinanzministerium geplantes Kapitalanlagegesetz könnte Bürgerenergieanlagen erschweren. Ende März startete die gemeinnützige Beratungsorganisation „Energie neu denken“ deshalb eine Kampagne, um das Gesetz zu stoppen.

Von Bürgern getragene Windparks und Solaranlagen in Form von Genossenschaften oder Kommanditgesellschaften sind eine wichtige Stütze der Energiewende und bislang auch eine sichere Geldanlage. Mit Inkrafttreten des Gesetzentwurfs würden für solche Bürgergesellschaften aber dieselben Anforderungen gelten wie für internationale Kreditinstitute. Das würde zivilgesellschaftliches Engagement in der Energiewende unmöglich machen. In dem Gesetzentwurf heißt es unter anderem, dass der nötige Eigenkapitalanteil bei neuen Anlagen auf 40 Prozent steigen solle. Kleinere Bürgerprojekte brauchen aber häufig mehr Fremdkapital und könnten sich so nicht mehr finanzieren. Auch

ein Mindestanteil von Privatanlegern in Höhe von 20.000 Euro könnte Bürgeranlagen ausbremsen.

Ein neues Kapitalanlagegesetz ist notwendig, um eine entsprechende europäische Richtlinie in deutsches Recht umzusetzen. Anders als der Entwurf des Bundesfinanzministeriums, hatte die EU aber eine Ausnahmeregelung für Kleinfonds bis maximal 500 Millionen Euro vorgesehen. [dh]

► Zur Kampagne: www.energie-neu-denken.de/buergerkraft-retten

Energieinfrastruktur

Europa vernetzt sich

■ Das EU-Parlament hat Mitte März einen zwischen EU-Parlament, Ministerrat und EU-Kommission ausgehandelten Verordnungsvorschlag über Leitlinien für eine transeuropäische Energieinfrastruktur verabschiedet. Mit den neuen Leitlinien soll der Ausbau der Strom- und Gasnetze in der EU bis 2020 vorangebracht werden. Die neue Verordnung sieht vor, dass im Bereich der Energieinfrastruktur Vorhaben von gemeinsamem Interesse identifiziert und deren Ausbau erleichtert, beschleunigt sowie gegebenenfalls finanziell unterstützt werden soll. Vorhaben von gemeinsamem Interesse sind gemäß der neuen Verordnung grenzüberschreitende Projekte, die Leistungen für zwei oder mehr Mitgliedstaaten erbringen. Diese Projekte könnten auch aus dem EU-Fonds Connecting Europe gefördert werden. [dh]

► EU-Energieinfrastrukturprioritäten: www.ec.europa.eu/energy/infrastructure/strategy/2020_de.htm

Fossile Energieträger I

Peak Oil, Peak Coal, Peak All

■ Das Fördermaximum fossiler Brennstoffe wird 2020 erreicht sein. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Energy

Watch Group (EWG) Ende März vorgestellt hat. Der Bericht „Fossil and Nuclear Fuel – the Supply Outlook“ analysiert weltweite Öl-, Gas-, Kohle- und Uranvorkommen und beschreibt das Ende des fossilen Zeitalters. Die Botschaft: Nur wenn die globale Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt wird, können Kostenexplosionen und drohende Probleme der Rohstoffknappheit vermieden werden.

In ihrer Analyse widersprechen die EWG-Experten den optimistischen Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA): Auch unkonventionelle Fördermethoden wie Fracking oder die Gewinnung von Teersanden könnten das Erreichen des Fördermaximums von Öl und Gas nicht verzögern. Bis 2030 werde die weltweite Erdölförderung um etwa 40 Prozent gegenüber 2012 zurückgehen, auch das Fördermaximum für Kohle werde im kommenden Jahrzehnt erreicht. Der EWG-Bericht dämpft damit die Hoffnung zahlreicher Regierungen, die Öl- und Gasversorgung künftig mit Schiefergasen und Teersanden sichern zu können. Für die USA, wo Fracking intensiv betrieben wird, prognostiziert er einen starken Förderrückgang ab 2015. In Europa hingegen werde die Schiefergasförderung aufgrund der fehlenden geologischen und industriellen Voraussetzungen keine bedeutende Rolle spielen. Die Energy Watch Group ist ein internationales Netzwerk von Wissenschaftlern und Parlamentariern, das der Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell ins Leben gerufen hatte. [dh]

► Fossil and Nuclear Fuels – the Supply Outlook (engl., PDF, 7 MB): www.kurzlink.de/ewg-fossilen2013.pdf

Fossile Energieträger II

IWF will Subventionen abschaffen

■ Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in einer Ende März veröffentlichten Studie die Abschaffung von Sub-

ventionen für fossile Energien gefordert. Durch Zuschüsse und Steuervergünstigungen für fossile Energieträger entstünden jährlich insgesamt Kosten in Höhe von 1,9 Billionen US-Dollar, heißt es in dem Bericht. Das entspricht 2,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes.

Subventionen kurbeln den Konsum fossiler Energien an. Der Abbau dieser Vergünstigungen könnte die globalen CO₂-Emissionen um 13 Prozent senken, rechnet der IWF vor. Preise müssten künftig die ökologischen Kosten abbilden und den Konsumenten die negativen Umweltauswirkungen fossiler Energien bewusst machen, heißt es in der Studie weiter. Der IWF plädiert deshalb für die Einführung einer CO₂-Steuer.

Die IWF-Studie zeigt auch auf, dass Subventionen in fossile Energien die Erforschung und den Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamen oder verhindern. Gerade in vielen Entwicklungsländern fehlten dadurch auch dringend benötigte Gelder für Investitionen in Gesundheit und Bildung. [dh]

► Zur IWF-Studie (engl.):
www.imf.org/external/np/fad/subsidies

Braunkohlekraftwerk

Deutschland finanziert griechischen Klimakiller

■ Die schwarz-gelbe Bundesregierung bürgt mit einer Milliarde Euro für den Bau eines Braunkohlekraftwerks im nordgriechischen Ptolemaida. Mitte März informierte das Finanzministerium den Haushaltsausschuss des Bundestages über diese Entscheidung. Mit der sogenannten Hermesbürgschaft springt der deutsche Steuerzahler ein, falls der griechische Energieversorger PPC die deutschen Lieferanten für Teile des Kraftwerks nicht bezahlen kann.

Umweltverbände und die Grüne Bundestagsfraktion reagierten empört auf den Entschluss der Bundesregierung. Angesichts der Energiewende und der vereinbarten EU-Ziele für erneuerbare Energien

Endlose Endlagersuche geht weiter

Auch nach dem Atomausstieg bleibt die Frage unbeantwortet, wo der hoch radioaktive Atommüll gelagert werden soll. Das neue Endlagersuchgesetz bringt wieder keine Lösung, meint Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Ausgerechnet die Merkel-Regierung, die noch 2010 die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke beschlossen hatte, brachte nach der Reaktor-katastrophe von Fukushima den Atomausstieg auf den Weg. Eine Antwort auf die Frage, wo künftig der Atommüll endgelagert werden soll, gibt es aber bis heute nicht. Jetzt soll ein Parteienkonsens die Lösung bringen: Eine Bund-Länder-Kommission verständigte sich im April auf die Grundzüge eines Endlagersuchgesetzes und feiert das als „Neustart“ der Endlagersuche. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschman (Grüne) hatte den entscheidenden Anstoß dazu gegeben. Er plädierte für ein Ende des Länder-Egoismus und bot an, neben Gorleben auch Regionen in Baden-Württemberg als Suchraum für ein Atommüllendlager in Betracht zu ziehen. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) griff den Vorschlag auf und erarbeitete mit SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sowie dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag Jürgen Trittin einen Gesetzentwurf. Nach 35 Jahren soll nun endlich ein Schlussstrich unter Kungeleien und Raufereien um Gorleben gezogen werden. Noch vor der Bundestagswahl wollen die Parteien das Gesetz beschließen.

Die plötzliche Eile macht stutzig: Warum ist nur jetzt und nicht auch nach der Wahl Zeit für die Einigung auf ein Suchverfahren? Ist das scheinbare Umdenken in der Bewertung der Atomkraft und der Endlagersuche glaubhaft? Dem vorgelegten Tempogeschuldet kommt es zu kuriosen und unüberlegten Beschlüssen, die der Sache nicht dienen: Das Endlagersuchgesetz schafft eine 24-köpfige Enquetekommission, die bis 2015 tagen und Empfehlungen für Such- und Sicherheitskriterien aussprechen soll, die dann vielleicht in das Gesetz eingearbeitet werden. Warum aber wollen Bundestag und Bundesrat die Ergebnisse der Kommission nicht abwarten, bevor sie ein Endlagersuchgesetz beschließen? Und: Wird den Kungeleien wirklich ein Ende gesetzt, wenn die Parteien die Enquetekommission nach ihrem Proporz besetzen? Nein, das alles nährt den Verdacht, dass es mit dem Umdenken und dem versprochenen Neustart bei der Endlagersuche nicht weit her ist.

Auch die im Gesetz vorgesehene Gorleben-Klausel legt diesen Verdacht nah. Der bisher einzige Standort, der erkundet und ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren auf der Basis des Bergrechts ausgebaut wurde, wird auch weiterhin mitgeschleppt. Die angeblich „weiße Landkarte“ für die Endlagersuche hat damit schon jetzt einen schwarzen Fleck, der das ganze Verfahren kontaminiert. Nur ohne Gorleben, wo die Suchkriterien immer wieder an die desaströsen geologischen Befunde angepasst wurden, wäre ein Neustart glaubhaft. Wasserkontakt, Gaseinschlüsse – alles wurde in der Vergangenheit geleugnet und Gorleben als „eignungshöflich“ erklärt. Durch eine vergleichende Endlagersuche mit dem faktischen Referenzstandort Gorleben soll jetzt dieser Planungsfehler der Vergangenheit geheilt und gerichtsfest gemacht werden. Das ist listig.

In der Enquetekommission wird Gorleben auch unausgesprochen eine große Rolle spielen. Jeder Vorschlag, nicht salz-, sondern tonhaltige oder kristalline Breiche zu favorisieren, bedeutet eine Abkehr von Gorleben. Auch jeder Vorschlag, bei Salzlagern darauf zu pochen, dass es eine weitere geologische Sicherheitsbarriere wie eine darüberliegende, wasserabweisende Tonschicht geben müsse, wäre eine Abkehr von Gorleben. In zwei Jahren, wenn die Kommission ihre Beschlüsse vorlegt, stehen wir also wieder vor der Frage: Gorleben Ja oder Nein? Der Gesetzentwurf bringt also nur einen Aufschub und keine Lösung. Hierin liegt aber auch eine Chance für Umweltverbände und Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen und einen ehrlichen Neustart bei der Endlagersuche zu verlangen. Es geht jetzt darum, Kontroll- und Klagerechte der Zivilgesellschaft einzufordern und einen endgültigen Verzicht auf Gorleben als Endlagerstandort zu bewirken.

Wolfgang Ehmke ist langjähriger Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

**Kontakt: Tel: +49 (0)170 / 5105606,
E-Mail: presse@bi-luechow-dannenberg.de,
www.bi-luechow-dannenberg.de**

Karma Konsum KONFERENZ 2013



**UNITY
IN
DIVERSITY**

Vom 23. Mai bis 24. Mai 2013
In der IHK Frankfurt am Main
www.karmakonsum.de/konferenz

Sponsored by  messe frankfurt

sei die Kreditgarantie nicht nachvollziehbar. „Während Kanzlerin Merkel immer wieder die globale Bedeutung der Energiewende betont, setzt sie in ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik noch immer auf die alte fossil-atomare Energiewirtschaft“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Hans-Josef Fell. Auch für den Leiter der politischen Vertretung von Greenpeace in Berlin Stefan Krug ist die Entscheidung kurzfristig: „Griechenland ist für die Erzeugung von Solar- und Windenergie prädestiniert“, sagte er gegenüber der Frankfurter Rundschau. Alle Hermesbürgschaften für den Ausbau erneuerbarer Energien hatte die Bundesregierung im vergangenen Herbst vorerst auf Eis gelegt. [dh]

► www.kurzlink.de/fr-online-21-03-13

Atomkraftwerke

EU-Parlament will Betreiber in die Pflicht nehmen

■ Mitte März haben die Europaabgeordneten Verbesserungsmaßnahmen für die Sicherheit von Atomkraftwerken gefordert. In einer rechtlich nicht verbindlichen Resolution appellierten die ParlamentarierInnen an die EU-Kommission, die nach dem europaweiten Stresstest empfohlenen Sicherheitsmaßnahmen für Atomreaktoren schnell in das bestehende EU-Recht einzuarbeiten. Die Risiko- und Sicherheitsbewertung hatte ergeben, dass zahlreiche europäische AKW standortspezifische Sicherheitsmängel aufweisen. Die EU-Kommission schätzt die Kosten für die notwendigen Nachbesserungen auf rund 25 Milliarden Euro.

Aus Sicht der Abgeordneten sollen die Kraftwerksbetreiber selbst für diese Kosten aufkommen. Darüber hinaus sollten die Konzerne zukünftig Rücklagen bilden, um alle Kosten im Falle eines Reaktorunglücks tragen zu können. Derzeit überarbeitet die EU-Kommission die gültige Richtlinie über nukleare Sicherheit. [dh]

► www.kurzlink.de/ep-resolu-akw2013

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelrecht

Härtere Strafen gegen Lebensmittelbetrug geplant

■ Als Konsequenz aus dem Pferdefleischskandal hat EU-Verbraucherkommissar Tonio Borg im April angekündigt, die Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette zu verschärfen. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag will er in den kommenden Monaten vorlegen.

Die Tests zum Nachweis von PferdedNA und dem Medikament Phenylbutazon, kurz Bute, die die EU-Kommission im März durchführte, ergaben zwar keine Gefährdung der menschlichen Gesundheit. Dennoch besteht Handlungsbedarf, da es um Lebensmittelbetrug geht. Mit dem Vorschlag will die Kommission eine Rechtsgrundlage schaffen, die künftig Betrüger mit hohen finanziellen Sanktionen abschrecken soll. Weniger als fünf Prozent der untersuchten Proben, die als Rindfleisch deklariert waren, enthielten Bestandteile von Pferden. Gut 0,5 Prozent des Fleisches waren mit dem Medikament Bute kontaminiert. Laut Kommission ist damit nur ein geringer Teil der Gesamtproduktion in der EU betroffen.

Dem widerspricht die Verbraucherorganisation Foodwatch und verweist dabei auf das europäische Behörden-Informationssystem RASFF. Das Ausmaß des Betrugs mit nicht deklariertem Pferdefleisch sei größer als bisher öffentlich diskutiert. Foodwatch hatte die Meldungen im RASFF ausgewertet. Demnach seien die Behörden seit Februar dieses Jahres über 58 Fälle informiert worden, bei denen Pferdefleisch nicht gekennzeichnet wurde, längst nicht alle. In den RASFF-Meldungen werden allerdings nur die Fälle genannt, nicht die Namen der Produkte. Diese Geheimniskrämerei bezeichnet Foodwatch als Betrug am Verbraucher und fordert ein Unternehmensstrafrecht, mit dem betriebswirtschaftlich relevante Strafen verhängt werden können. Nur das würde Unternehmen dazu bringen,

effektive Kontrollen bei Lieferanten und Subunternehmen durchzuführen. [mbu]

- ▶ Testergebnisse EU-Kommission:
www.kurzlink.de/eu-kom-pferdednatest
- ▶ Foodwatch-Auswertung:
www.kurzlink.de/foodwatch-pferdeflei

Produktverschleiß

Geplant kaputt gebaut

■ Immer mehr Waren werden so hergestellt, dass sie nach wenigen Jahren nicht mehr zu gebrauchen sind. Das belegt eine Studie, die von der Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegeben wurde. Die sogenannte „geplante Obsoleszenz“ lässt die Kasse der Konzerne klingeln, da ihr Umsatz steigt. Die Verfasser der Studie untersuchten 20 verschiedene Massenprodukte und entdeckten eingebaute Elemente, die zu einem frühzeitigen Verschleiß des Produktes führen. Laut Studie gibt es mehrere Faktoren, die einen frühzeitigen Verschleiß begünstigen. Sie reicht vom Einsatz billigerer Materialien bis zu „Ersatzteilwucher“, sodass es für Konsumenten oft günstiger ist, ein neues Gerät zu kaufen als das alte reparieren zu lassen. Für die Industrie erhöht dies die Rendite.

Die Hauptmotivation der Unternehmen, einen vorzeitigen Verschleiß einzubauen, sei die Übersättigung des Marktes. Sobald alle Verbraucher ein bestimmtes Produkt besitzen, ist die Nachfrage gestillt und auf dem Markt herrscht ein Überangebot. Da macht es einen großen Unterschied, ob die Lebensdauer des Produktes bei zehn oder bei zwei Jahren liegt.

Die Studie beleuchtet umfassend das Problem der Wegwerfgesellschaft. Im Hinblick auf eine nachhaltige und umweltfreundliche Zukunft sei ein solches Vorgehen der Wirtschaft jedoch nicht mehr tragbar. Die Grünen fordern daher, Hersteller zu verpflichten, möglichst langlebige Produkte zu entwickeln, mindestens fünf Jahre lang Ersatzteile zur Verfügung zu stellen, die Gewährleistungspflicht zu verlängern und ein hochwertiges Recycling zu garantieren. Klare Vorgaben für

die Reparierbarkeit seien schon mit kleinen Gesetzesänderungen zu leisten. [lr, mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/studie-obsoloeszenz
- ▶ www.gruene-bundestag.de/themen/umwelt/gekauft-gebraucht-kaputt_ID_4387858.html

Kennzeichnung

Tierische Zutaten offenbaren

■ „Wo Tiere drin sind, muss das auch draufstehen“ – das fordern die Verbraucherorganisation Foodwatch, die vegane Gesellschaft und der Vegetarierbund Deutschland. Im April appellierten sie an Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner, die nationale Kennzeichnungsverordnung transparenter zu machen, und legten gleich einen eigenen Gesetzentwurf dazu vor.

Die Verbände wollen, dass Produkte als „vegetarisch“ gekennzeichnet werden dürfen, wenn sie keine Bestandteile von toten Tieren enthalten. Erlaubt seien hingegen Ei- und Milchprodukte sowie Honig. „Vegane“ Lebensmittel müssen frei von tierischen Zusätzen, Hilfsstoffen und Aromen sein. Bisher sind die Begriffe nicht definiert. Nur so hätten Menschen, die tierische Nahrung aus ethischen oder religiösen Gründen ablehnten, künftig eine echte Wahl.

Derzeit wüssten viele Kunden beispielsweise nicht, dass Saft Fischgelatine als Trägerstoff für Vitamine enthalten könne. Auch bei manchen Gummibärchen sei Verbraucherinnen oft nicht klar, dass die Zutat Gelatine von Rindern stammt. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/veg-kennzeichnung

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarsubventionen

Kürzungen für 2013

■ Die Prognosen für die Direktzahlungen aus dem EU-Landwirtschaftsbudget und für marktbezogene Ausgaben über-

schreiten die von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbarte vorläufige Haushaltsobergrenze für 2014. Daher legte die EU-Kommission Ende März einen Vorschlag für die Kürzung dieser Zahlungen vor. Damit will sie sicherstellen, dass die Obergrenze für das kommende Jahr bei den Ausgaben der sogenannten ersten Säule eingehalten wird.

Der Kommissionsvorschlag sieht nach den ersten 5.000 Euro Fördergeldern an Landwirte die Kürzung sämtlicher Direktzahlungen um knapp fünf Prozent vor. Insgesamt betragen die Kürzungen fast 1,5 Milliarden Euro. Der Vorschlag betrifft die Beihilfeanträge auf Direktzahlungen für 2013, die von den Bauern im Mai 2013 einzureichen sind. Die Zahlungen würden im Dezember 2013 aus Mitteln des Haushaltsplans 2014 erfolgen. „Die geplante Kürzung findet keine Anwendung auf Bulgarien, Rumänien (und Kroatien), weil das System der GAP-Direktzahlungen in diesen Mitgliedstaaten weiterhin in der Phase der schrittweisen Einführung ist.“ Die Freigrenze von 5.000 Euro betrifft laut Kommission nur knapp ein Fünftel der Bauern und Bäuerinnen. Mehr als 80 Prozent werden nicht von dieser Maßnahme betroffen sein.

Gemäß der Direktzahlungsverordnung müssen das Europäische Parlament und der Rat bis zum 30. Juni über den Kommissionsvorschlag abstimmen. Andernfalls ist die Kommission ermächtigt, den Anpassungssatz selbst festzusetzen. [UWD, mbu]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/297)

EU-Agrarreform

Endspurt hat begonnen

■ Mitte April trafen sich Vertreter des EU-Parlaments, der EU-Kommission und des EU-Rates zum Auftakt des sogenannten Trilogs, in dem endgültig über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2014-2020 verhandelt wird. Auf insgesamt rund 30 angesetzten Sitzungen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg kommen die Verhandlungsführer bis Ende ▶

Juni zusammen und versuchen auf Grundlage ihrer vorher beschlossenen Mandate einen Kompromiss zu folgenden Bereichen zu finden: Direktzahlungen, Ländliche Entwicklung, Marktorganisation und Verwaltung.

EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloş warnte davor, dass das von ihm vorgeschlagene Konzept der umweltverträglichen Landwirtschaft nicht verwässert werde. Denn auch Lobbyverbände wie der Deutsche Bauernverband (DBV) mischen sich in die Verhandlungen ein. So forderte der Präsident des DBV Joachim Rukwied eine „flexible Ausgestaltung der Greeningmaßnahmen sowie die Fortführung der bisherigen Marktorientierung“. Der Erzeugerverband Bioland kritisiert die bisherigen Positionen der Agrarminister, „die Beschlüsse sind geprägt von faulen Kompromissen und nationalen Egoismen. Die Ökologisierung der Landwirtschaft bleibt so auf der Strecke“, sagt Bioland-Präsident Jan Plagge. Er fordere ausreichend Geld für Agrarumweltmaßnahmen. [mbu]

- ▶ Kernforderungen Bioland zum GAP-Trilog:
www.bioland.de/fileadmin/bioland/img/presse/Beschluss_BDV_zum_GAP_Triolog.pdf

Ökolandbau Niedersachsen

Neues Förderprogramm

■ Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium will die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Land erhöhen. Derzeit wird auf weniger als drei Prozent der Agrarfläche Ökolandbau betrieben. Damit soll die steigende Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach regionalen Biolebensmitteln erfüllt werden. Nach Angaben des Bundes für Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) wächst die Nachfrage nach umwelt- und tierfreundlich erzeugten Biolebensmitteln stetig weiter und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. So verzeichnete der deutsche Biomarkt 2012 ein Umsatzplus von sechs Prozent und erreichte ein Marktvolumen von über sieben Milliarden Euro. Sein Anteil am gesamten Lebensmittelmarkt

in Deutschland erhöht sich damit von 3,7 Prozent im Jahr 2011 auf 3,9 Prozent im Jahr 2012. Der BÖLW fordert seit Langem mehr Mittel, um den Ökolandbau voranzutreiben.

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer kündigte an, 280.000 Euro für rund 20 praxisorientierte Ökoforschungsvorhaben und die Aktionstage Ökolandbau bereitzustellen. Zuvor hatte er bereits die Ökolandbauprämien, die für die schwierige Umstellungszeit von konventionellen auf ökologischen Landbau notwendig sind, erhöht. Außerdem soll bald ein niedersächsischer Fachbeirat zur Förderung des ökologischen Landbaus geschaffen werden, dem Vertreter der Bioverbände, Erzeuger, der Verarbeitung, des Handels, der Forschung und der Beratung angehören sollen. Weitere Schwerpunkte sind die Überarbeitung der Unterrichtsinhalte zum ökologischen Landbau an den Berufsschulen und effektive Fördermaßnahmen zur Verbesserung des Anbaus von Eiweißpflanzen, die als regionale Futtermittel und natürliche Bodendüngung wichtig sind. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/oekoland-nieders.pdf
- ▶ www.boelw.de

Gentechnik und Bienen

Expertenstreit geht weiter

■ Einer Studie des Thünen-Instituts, einer Bundesforschungseinrichtung, zufolge ist gentechnisch veränderter Mais nicht schädlich für Bienen. Es geht um Mais, dem der Bacillus thuringiensis (Bt) ins Erbgut eingebaut wurde. Dadurch bildet der Mais ein Insektengift, das auch Nützlingen schaden kann. Die Forscher kamen allerdings zu dem Ergebnis, dass Bt-Mais als Nahrungsquelle keine negativen Auswirkungen auf Überlebensrate, Körpergewicht oder Verdauung der Bienen habe.

Dem widersprach im April der Gentechnikexperte Christoph Then von Testbiotech. Sein Hauptkritikpunkt: Die Untersuchungen wurden unter nicht realen Bedingungen durchgeführt. Das be-

stätigten auch mehrere Imkerverbände. Sie monierten vor allem die viel zu geringe Anzahl der Bienen der Testvölker. Ein Schwarm bestand aus 1.100 Bienen. Zum Vergleich: Ein voll entwickeltes Volk besteht aus 50.000 Bienen.

Üblicherweise sind Bienen Umweltgiften, Parasiten und anderen Stressfaktoren ausgesetzt. Die Wissenschaftler des Thünen-Instituts hingegen haben in Flugkäfigen künstlich gebildete Bienenschwärme gehalten, die vermutlich viel weniger durch Parasiten und Krankheitserreger belastet gewesen seien als ein normale Schwärme, sagte Then dem Infodienst Gentechnik.

Er verwies auf andere wissenschaftliche Untersuchungen der vergangenen Jahre, die Risiken für Nützlinge durch genmodifizierten Bt-Mais festgestellt haben. Zum Beispiel hatte 2005 das Bundesamt für Naturschutz Gesundheitsschäden bei Schmetterlingen beobachtet. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik
- ▶ www.kurzlink.de/ti-bienenstudie04.13
- ▶ www.kurzlink.de/imker-bienenstudie

Bienen und Pestizide

Bienenschutz vor Chemieprofit

■ Durch das verschobene Verbot von Neonikotinoiden in der EU gibt es laut einer Greenpeace-Studie von April dringenden Handlungsbedarf. Sieben Pestizide müssten sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

Neokotinoide gelten als mitverantwortlich für das anhaltende Bienensterben. Mit den hochgiftigen Substanzen wird das Saatgut von Mais, Raps und Sonnenblumen gebeizt, um Pflanzenschädlinge fernzuhalten.

Aus Sicht von Greenpeace müssten nicht nur die drei Neonikotinoide (Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam) verboten werden. Auch vier weitere Beizmittel stellen eine Bedrohung der Bienen dar. Mit einer Ausnahme werden diese bienengefährdenden Mittel auch auf deutschen Äckern und Obstbäumen eingesetzt. Nach Angaben der Umwelter-

ganisation starben daran in manchen Teilen Deutschlands im vergangenen Winter bis zu 30 Prozent der Bienen. Greenpeace fordert angesichts dieser Dimension ein Umdenken. Die Interessen der Chemieindustrie dürften nicht länger Vorrang vor dem Bienenschutz haben. [mbu]

► www.kurzlink.de/neonikotin-appell04

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Waldschutz I

Tag des Waldes wird international

■ Die Vereinten Nationen (UN) haben den in Deutschland als „Tag des Waldes“ bekannten 21. März zum „Internationalen Tag der Wälder“ erklärt. Ab 2013 soll dieser Tag nun jährlich begangen werden, um das Bewusstsein für die Bedeutung der Wälder zu stärken. Schon Anfang der Siebzigerjahre hatte die Welternährungsorganisation FAO gefordert, einen internationalen Gedenktag für Wälder einzuführen. „Der erste Internationale Tag der Wälder ist eine großartige Möglichkeit, unsere einzigartige Verbundenheit zu Wäldern und Bäumen zu demonstrieren“, sagte der Direktor des FAO, Jan McAlpine.

Anlässlich des Wäldertages hat die Stiftung Nationales Naturerbe des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) den „Deutschen Waldschutzfonds im NABU“ gegründet. In den Fonds können Privatpersonen und Unternehmen einzahlen, um Wälder zu schützen. Mit den Mitteln sollen Wälder gekauft werden, die dauerhaft ungenutzt bleiben sollen. „Der größte Teil der Wälder in Deutschland wird intensiv forstwirtschaftlich genutzt und bietet damit nur noch wenigen Arten einen Lebensraum. Bei uns dürfen Bäume zu Urwaldriesen heranwachsen und ausschließlich als wertvoller Lebensraum dienen“, sagte Stiftungsvorstand Christian Unselt. Die Biodiversitätsstrategie der Bun-

desregierung sieht vor, dass fünf Prozent der deutschen Wälder forstwirtschaftlich ungenutzt bleiben sollen, derzeit sind es nur etwa zwei Prozent. [ej]

- Mitteilung der UN: www.kurzlink.de/itdwun
- www.kurzlink.de/nabuwsf

Naturschutz

EuGH stärkt Natura-2000-Gebiete

■ Bedrohte Habitate des Natura-2000-Netzwerks dürfen für Entwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen nicht beschädigt werden. Dies entschied der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) im April. Ausnahmen gelten nur bei außerordentlichem öffentlichem Interesse.

Die Entscheidung des EuGH geht auf eine Anfrage zurück, die ein irischer Umweltschützer an den irischen Gerichtshof gerichtet hatte. In Irland wurde eine Autobahn geplant, für die über die Hälfte des Limestone-Pavements hätte zerstört werden müssen. Das Limestone-Pavement ist ein als Natura-2000-Gebiet ausgewiesener irischer Karst. Auf die Anfrage, ab wann ein Bauprojekt die Intaktheit eines Natura-2000-Gebiets gefährde, urteilte der EuGH, dass in solchen Fällen das Vorbeugeprinzip zu gelten habe. Projekte, die den irreparablen Verlust von Teilen eines Natura-2000-Gebiets bedeuten, dürfen nicht autorisiert werden.

Die Entscheidung könnte weitreichende Auswirkungen für die Umsetzung der EU-Habitat-Richtlinie haben. „Das ist ein großer Sprung für den irischen und europäischen Naturschutz“, sagte Andrew Jackson, von der irischen Umweltorganisation An Teiste. „Projekte, die Gebiete des Natura-2000-Netzwerkes beschädigen würden, dürfen nur noch unter sehr eingeschränkten Umständen durchgeführt werden. Das Urteil wird positive Auswirkungen auf den Naturschutz in ganz Europa haben.“ [ej]

- EuGH-Entscheidungen: www.kurzlink.de/eughnat2t
- Reaktion An Teiste: www.kurzlink.de/reentei



Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 22 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 21,50 (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik



Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11
 E-mail: reinhard.waechter@aau.at
 Web: www.ifz.aau.at/sote

Waldschutz II

Internationales Abkommen in der Kritik

■ Anfang April gingen im russischen Sankt Petersburg die Verhandlungen über die Europäische Waldkonvention zu Ende. VertreterInnen der EU und der EU-Mitgliedstaaten verhandelten mit UN-Organisationen und der Welternährungsorganisation FAO über die Zukunft europäischer Wälder.

Die VerhandlungspartnerInnen einigten sich darauf, das Abkommen zum Schutz der europäischen Wälder in Zukunft unter dem Dach der Vereinten Nationen anzusiedeln. Zur Debatte stehen dafür die Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Welternährungsorganisation FAO.

Das Abkommen soll einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Handel mit Holz und für nachhaltiges Waldmanagement in Europa schaffen. Ein Bündnis von Umweltverbänden kritisierte den Vertragstext und forderte die Bundesregierung vor den Verhandlungen auf, ihre Zustimmung zu dem Entwurf zu verweigern. Die Verbände bemängeln, es fehle an messbaren Zielen zur Umsetzung des Abkommens. Außerdem könne das Abkommen in dieser

Form weder den Verlust der biologischen Vielfalt in Wäldern stoppen noch zerstörte Waldökosysteme wiederherstellen. So würden die Staaten hinter ihre eigenen Beschlüsse zum Waldschutz zurückfallen. Sie befürchten außerdem, dass durch das Abkommen die Konventionen zur biologischen Vielfalt, in der ebenfalls der Schutz von Wäldern geregelt wird, unterlaufen und eine intensivere Nutzung von Wäldern ermöglicht würde.

Die Details des Abkommens werden im Juni bei einem weiteren Treffen der VerhandlungspartnerInnen in Warschau beschlossen. Dann soll die endgültige Fassung verabschiedet werden. [ej]

► www.forrestnegotiations.org

Landschaftsschutz

Eichen und Menschen vor Prozessionsspinner sichern

■ Das Bundesministerium für Umwelt (BMU) hat Ende März Maßnahmen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners vorgestellt. Damit will es das Absterben von Landschaftselementen verhindern und die Gesundheit von Menschen schützen.

Der Eichenprozessionsspinner ist ein Schmetterling, der sich in Deutschland in den letzten Jahren stark vermehrt. Die Raupen des Schmetterlings ernähren sich von Eichenlaub und fressen im Frühling mitunter ganze Bäume kahl. Außerdem haben sie Brennhaare, die starke allergische Reaktionen auslösen können.

Das BMU hat mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, dem Umweltbundesamt und dem Bundesinstitut für Risikobewertung eine Übersicht geeigneter Mittel erstellt, mit denen die Ausbreitung des Eichenprozessionsspinners eingedämmt werden kann. So soll es unter anderem erlaubt sein, Raupen durch bestimmte Wirkstoffe abzutöten und ihre und Nester zu entfernen.

„Die anhaltende Vermehrung des Eichenprozessionsspinners hat vielerorts zu starken allergischen Reaktionen insbesondere bei Kindern und zu erheblichen Schäden an Baumbeständen geführt. Durch den kombinierten Einsatz von mechanischen, organisatorischen und chemischen Maßnahmen ist es möglich, den Eichenprozessionsspinner lückenlos zu bekämpfen“, sagte Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium. [ej]

► Mitteilung des BMU: www.kurzlink.de/bmueiproz



Raus aus dem Elfenbeinturm!

In diesem Band zeigen Autorinnen und Autoren aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher Disziplinen, wie sich das Selbstverständnis von Wissenschaft, die Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und die wissenschaftliche Praxis zukünftig verändern müssen. Nur dann kann Wissenschaft wünschenswerte Veränderungsprozesse in der Gesellschaft unterstützen und uns Bürgern und der Politik Antworten auf die grundlegenden Fragen unserer Zeit geben.

H. Egner, M. Schmid (Hrsg.)

Jenseits traditioneller Wissenschaft?

Zur Rolle von Wissenschaft in einer vorsorgenden Gesellschaft

246 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-325-1
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Jagd

Blei im Gewehr ist schädlich

■ Bleihaltige Munition gefährdet Menschen und Tiere. Dies ist das Ergebnis von Forschungsprojekten zur Auswirkung bleihaltiger Geschosse in der Jagd, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Bundesinstitut für Risikobewertung im März vorgestellt hat.

Die ForscherInnen konnten nachweisen, dass durch die Verwendung konventioneller bleihaltiger Munition Wildfleisch eine erhöhte Bleibelastung aufweist. Blei ist neurotoxisch, also giftig für die Nerven, und kann laut der Europäischen Lebensmittelagentur (EFSA) Entwicklungsstörungen bei Kindern hervorrufen. Außerdem ist Blei schädlich für die Nieren und kann Krebs hervorrufen. Bleirückstände im Wild können durch Verzehr in den menschlichen Körper gelangen. Die Risiken durch Kupfer oder Zink, die als alternative Munition verwendet werden können, sind erheblich niedriger.

Auch für Tiere stellt Blei eine Gefahr dar. Bei Seeadlern beispielsweise sind Bleirückstände die Todesursache Nummer eins. „Sie nehmen, wenn sie die Innereien eines erlegten Tieres fressen, Bestandteile zerlegter Bleigeschosse auf und sterben schließlich an einer schleichenden Vergiftung“, erklärte der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) Olaf Tschimpke.

Angesichts der Risiken bleihaltiger Munition fordern Umweltverbände und Oppositionsparteien ein Bleiverbot für die Jagd. „Da der Wunsch nach einer bundesweit einheitlichen Regelung besteht, ist die Bundesregierung aufgefordert, endlich zu handeln und nicht weiter auf die seit Jahren praktizierte Verzögerungstaktik zu setzen“, forderte die Sprecherin für Waldpolitik der Grünen Cornelia Behm.

„Die Politik muss endlich reagieren und bleihaltige Jagdmunition verbieten. Die schädlichen Auswirkungen von Blei können aus Sicht des Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzes nicht länger ignoriert werden. Auch die Jäger sollten aus eigenem Interesse und zum Schutz der Verbraucher

die Weiterentwicklung bleifreier Munition umgehend unterstützen“, forderte der NABU-Jagdexperte Stefan Adler. [ej]

- ▶ BMELV: www.kurzlink.de/bmelvsympb
- ▶ EFSA-Studie: www.kurzlink.de/efsablei2010
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/nabupb
- ▶ Cornelia Behm: www.kurzlink.de/cbehmpb

TIERSCHUTZ & ETHIK

Forderungen an Parteien

Tierschutz als Wahlversprechen?

Bundestagswahl
2013

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat Anfang April seinen Forderungskatalog an Vertreter der SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bezüglich der Parteiprogramme zur Bundestagswahl übergeben. Zentrale Forderungen sind beispielsweise die Novellierung des Tierschutzgesetzes und das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Außerdem verlangt der Verband verbesserte Tierhaltungsbedingungen in der Landwirtschaft. Die tierversuchsfreie Forschung soll Vorrang und die Wildtierhaltung in Wanderrückstellungen ein Ende haben. Des Weiteren sollen Heimtiere mehr geschützt und der karitative Tierschutz vor Ort gestärkt werden. Laut dem Tierschutzbund wird der Tierschutz ein Topthema im Bundestagswahlkampf sein. Deswegen werde man im Sommer die Parteiprogramme überprüfen, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder. [hk]

- ▶ www.tierschutzbund.de/5129.html

Wildtierhaltung

Keine artgerechten Zoos

■ 14 deutsche Tier- und Naturschutzverbände lehnen das vom Bundeslandwirtschaftsministerium zur Kommentierung

veröffentlichte Säugetiergutachten ab. Die darin enthaltenen „Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ sollen beispielsweise in Zoos eine artgerechte Wildtierhaltung sicherstellen. Die Verbände fordern, die Zootierhaltung mit dem Tierschutzgesetz in Einklang zu bringen. Für viele Tierarten würden mit dem Entwurf noch nicht einmal Mindeststandards einer artgerechten Tierhaltung erfüllt werden. Sowohl Stellungnahmen von unabhängigen Experten als auch der derzeitige Wissensstand wurden den Organisationen zufolge nicht berücksichtigt. Die Autoren des Gutachtens hätten weder das für Elefanten wichtige intakte Familiengefüge noch ausreichend Bewegungsfreiheit für Leoparden oder Rhesusaffen in den Entwurf eingearbeitet. Für Delfine würde das Gutachten keine verbesserten Haltungsvorschriften bedeuten. [hk]

- ▶ www.tierschutzbund.de/5136.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

UVP-Richtlinie

Umweltrat will Reförmchen

■ Die EU-UmweltministerInnen haben im März über Änderungen der Richtlinie zur Umweltverträglichkeit (UVP-RL) diskutiert. Der Umweltrat begrüßte das Ziel der Kommission, die UVP-Prozesse zu vereinfachen und die Qualität zu verbessern, kritisierte aber die vorgeschlagenen Maßnahmen. Die UmweltministerInnen warnten vor einer größeren Verwaltungsbelastung und zusätzlichen Kosten.

Besonders kontrovers diskutierten sie über den Vorschlag der Kommission, das Scoping in allen Mitgliedstaaten verpflichtend zu machen. Beim Scoping stellt der Träger des Vorhabens den Behörden und Naturschutzverbänden die geplanten Maßnahmen vor und diskutiert diese mit den Beteiligten. Auch wird der Umfang des Untersuchungsrahmens und der beizubringenden Unterlagen bei diesen Terminen ▶

festgelegt. Deutschland möchte ein Scoping nur dann, wenn die Behörde oder der Vorhabenträger es für erforderlich halten. Zudem sprachen die MinisterInnen über die Akkreditierung von Experten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen dürfen. Das Europäische Parlament wird Anfang Juli über den Vorschlag der Kommission abstimmen. [bv]

► www.kurzlink.de/pm-umweltrat-2013-03

Wirtschaftspolitische Steuerung I

Europäisches Semester 2013

■ Im März haben die Staats- und Regierungschefs die erste Phase des Europäischen Semesters 2013 abgeschlossen, indem sie länderspezifische Empfehlungen zu den einzelnen Programmen diskutiert und Leitlinien und Prioritäten für die Mitgliedstaaten verabschiedet haben. Grundlage des Europäischen Semesters sind die jährlichen Wachstumsberichte der Kommission, die auch Handlungsvorschläge für die Regierungen und die EU-Finanzpolitik beinhalten.

Von April bis Mai legen nun die Mitgliedstaaten Stabilitäts- beziehungsweise Konvergenzprogramme und nationale Reformprogramme vor, auf deren Basis die Kommission länderspezifische Empfehlungen abgibt. Die Verabschiedung dieser Empfehlungen durch den Europäischen Rat im Juni ist der letzte Schritt des Europäischen Semesters. Das Europäische Semester koordiniert die Wirtschafts-, Haushalts und Beschäftigungspolitik der EU. Europäische Leitinitiativen und Kernziele der Europa-2020-Strategie sollen dadurch national umgesetzt werden.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat für neun Mitgliedstaaten länderspezifische Empfehlungen zum Greening des Europäischen Semesters erarbeitet. Für Deutschland empfiehlt das FÖS, dass zehn Prozent der Steuerlast von der Lohnsteuer auf Abgaben für umweltschädliches Verhalten und Ressourcenverbrauch verschoben werden sollen. Ausnahmeregelungen für die Industrie

und ermäßigte Energietarife sollten auslaufen. Das FÖS schlägt darüber hinaus vor, die Besteuerung für Firmenwagen anhand ökologischer Auswirkungen zu reformieren. Darüber hinaus müssten die Energiebesteuerung vereinheitlicht und Steuerbefreiungen und umweltschädliche Subventionen deutlich gesenkt werden. Zudem empfiehlt das FÖS die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Güter und Leistungen, die sich negativ auf die Umwelt auswirken. [aw, bv]

- FÖS, Leiterin Green Budget Europe, Dr. Constanze Adolf, Brüssel, Tel: +32 (0)279088-12; E-Mail: Constanze.Adolf@green-budget.eu, www.foes.de
- www.kurzlink.de/foes-recom-2013-engl
- Ratsschlussfolgerungen: www.europa.eu/rapid (Reference: DOC/13/3)
- DNR-Steckbrief zum Europäischen Semester: www.kurzlink.de/steckbrief-europ-sem

Wirtschaftspolitische Steuerung II

EU-Parlament stimmt für mehr Haushaltsdisziplin

■ Das EU-Parlament hat im März für verschärfte EU-Regeln zur wirtschaftspolitischen Steuerung gestimmt. Sie wird nun stärker auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein und für eine bessere demokratische Kontrolle zur Überwachung der Eurozonen-Haushalte sorgen. Das sogenannte Two-Pack beinhaltet auch neue Verfahren für EU-Finanzhilfen.

Euro-Staaten müssen ab 2014 jährlich bis zum 30. April ihre mittelfristige Finanzplanung (Stabilitätsprogramme) sowie ihre Politikprioritäten für Wirtschaft und Beschäftigung der kommenden zwölf Monate (Nationale Reformprogramme) veröffentlichen. Dies steht im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester zur wirtschaftspolitischen Steuerung. Bis zum 15. Oktober eines jeden Jahres haben die Mitgliedstaaten der Eurozone ihre Haushaltsentwürfe für das Folgejahr zur Prüfung bei der EU-Kommission vorzulegen. Deadline für die Annahme der Budgets dieser

Staaten für das kommende Jahr ist der 31. Dezember. Der Rat muss die Vorschriften nun noch formal verabschieden, damit sie im Haushaltsjahr 2014 in den Ländern der Eurozone in Kraft treten. [bv]

- www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/13/204)
- www.kurzlink.de/pm-ep-twopack2013

Europawahl 2014

Deutschland verliert Sitze im EU-Parlament

■ Im März hat das Europaparlament einen Vorschlag zur Reduzierung der Sitze zur Anpassung an den Vertrag nach Lissabon gemacht. Demnach verlieren ab Mitte 2014 zwölf EU-Länder jeweils einen Sitz im europäischen Parlament und Deutschland drei. Hinzu kommen elf Abgeordnete aus Kroatien. Zukünftig wird Deutschland nur noch mit 96 Abgeordneten vertreten sein, hat aber weiterhin die meisten Stimmen. Gemäß dem Lissabon-Vertrag sitzen im kommenden Europaparlament 751 statt bisher 754 ParlamentarierInnen. Das Parlament will Ende 2015 einen neuen Vorschlag vorlegen, um vor jeder Neuwahl die Sitze in „objektiver, fairer, dauerhafter und transparenter Weise“ zuzuteilen. Die nächsten Wahlen zum europäischen Parlament finden vom 22. bis 25. Mai 2014 statt. [aw, bv]

► www.kurzlink.de/pm-ep-2013-03-13

Umsetzung von EU-Gesetzen

Leitlinien für bessere Umwelt

■ Das EU-Parlament hat im März einen Bericht zu den Vorteilen von Umweltmaßnahmen der EU angenommen. Die Leitlinien sollen die einheitliche Umsetzung von EU-Gesetzen durch die Mitgliedstaaten erleichtern und durch mehr Informationen Vertrauen schaffen. Der Bericht beinhaltet zudem einen Katalog konkreter Vorschläge. „Mehr Koordinierung, Expertennetz-

werke, Umsetzungsleitfäden und eine Vorabschulung sind scheinbar einfache Maßnahmen. Sie können jedoch große Verbesserungen nach sich ziehen“, sagte der Schattenberichtersteller der Christdemokraten Karl-Heinz Florenz. Häufig würden Gesetze in den EU-Mitgliedstaaten nicht richtig umgesetzt oder „überimplementiert“. Er gibt die Schuld allerdings nicht allein den Mitgliedstaaten, sondern nimmt auch seine Kollegen in die Pflicht: „Wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen. Oftmals öffnen wir Umsetzungsirrsinn Tür und Tor, indem wir zu offene Kompromissformeln verabschieden. Formulierungen wie „bestverfügbare Praxis“ ziehen fast zwangsläufig riesige Umsetzungsunterschiede nach sich. Hier müssen und wollen wir ansetzen.“ [aw]

- Bericht: www.kurzlink.de/2012-2104ini-prozess
- www.kurzlink.de/pm-florenz2013-03-12

Regionalpolitik 2014–2020 herausgegeben. Diese soll einen konstruktiven Beitrag für die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene zur Umsetzung der angestrebten guten Partnerschaft leisten.

Ab der neuen Förderperiode 2014 können die Umweltverbände besser ihre Mitwirkungsrechte gegenüber den Landes- und Bundesministerien einfordern. Der WWF empfiehlt, die Umweltverbände von Anfang an bei der Programmierung und in die Partnerschaftsvereinbarungen mit einzubeziehen, ebenso bei der Vorbereitung, der Umsetzung, dem Monitoring und der Evaluierung der Programme zu beteiligen. Umweltverbände sollten früh an die Fondsverwaltung in den Landes- und Bundesministerien herantreten und ihre Mitwirkungsrechte in Anspruch nehmen. [bv]

- www.kurzlink.de/wwf-partner-euregion

Umweltrechts. Der Balkanstaat wird der EU am 1. Juli beitreten. Nach Ansicht der Kommission hat Kroatien seine administrativen Kapazitäten im Umweltbereich gestärkt. Die Umsetzung und Anpassung von und an EU-Umweltrecht sei fast vollzogen. Besonderes Augenmerk müsse auf der korrekten Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen liegen. Außerdem hat das Land die CCS-Richtlinie sowie die Überwachungsanforderungen im Rahmen des Emissionshandels noch nicht umgesetzt. Naturschutzverbände hatten im Zusammenhang mit dem anstehenden Beitritt Kroatiens wiederholt kritisiert, dass das Land noch vor dem Beitritt weitreichende Eingriffe in naturbelassene Flussabschnitte vornehmen will und dabei gegen EU-Recht verstoße. [am]

- Fortschrittsbericht (engl.): www.kurzlink.de/beitritt-kroa-ber13

EU-Regionalpolitik

Eckpunkte für ein gutes Partnerschaftsprinzip

■ Der WWF Deutschland hat im April eine Broschüre zur Rolle von Umweltverbänden als Partner in der europäischen

EU-Beitritt

Weg frei für Kroatien

■ In ihrem im März veröffentlichten Fortschrittsbericht stellt die EU-Kommission fest, dass Kroatien die Kriterien für die EU-Mitgliedschaft erfüllt. Dazu gehört auch die vollständige Umsetzung des EU-

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Stufenweise Offenlegung im Bundestag

■ Der Bundestag hat Mitte März neue Regeln zur Transparenz von Nebeneinkünften der Abgeordneten beschlossen. Dem-

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Herausforderung

Neue Stromleitungen werden im Rahmen der Energiewende dringend gebraucht aber oft durch Anwohnerproteste verzögert oder verhindert. Viele hier präsentierte Projekte belegen eindrucksvoll, wie wichtig Partizipations- und Bildungsprojekte dabei sind. Denn häufig werden Klimaschutzmaßnahmen zwar öffentlich diskutiert – die damit verbundenen kulturellen Herausforderungen jedoch viel zu selten.

M. Zschiesche (Hrsg.)
Klimaschutz im Kontext
 Die Rolle von Bildung und Partizipation auf dem Weg in eine klimafreundliche Gesellschaft

Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung 15
 184 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-417-3

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

nach sind die Mitglieder des Parlaments dazu verpflichtet, ihre Nebeneinkünfte viel detaillierter als bisher offenzulegen. Die neue Regelung sieht zehn Einkommensstufen vor. Die Staffelung beginnt bei Einkünften ab 1.000 Euro und endet bei Stufe 10, die Einkünfte über 250.000 Euro erfasst. Bisher lag die Obergrenze bei lediglich 7.000 Euro. Die Regelung gilt erst für den nächsten Bundestag. Kritiker und die Opposition bemängeln, dass die Nebeneinkünfte nicht betragsgenau offengelegt werden müssten und die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen unzureichend seien.

Diese Lücken in der neuen Regelung greifen die Abgeordneten Marco Bülow (SPD) und Gerhard Schick (Grüne) auf. Sie haben einen freiwilligen Verhaltenskodex für Abgeordnete entwickelt, der die betragsgenaue Offenlegung von Nebeneinkünften beinhaltet und auch hohe Transparenz- und Ethikvorschriften beim Lobbying einschließt. Außerdem verpflichten sich die Unterzeichner dazu, sich im Bundestag für gesetzliche Regeln, wie etwa ein verpflichtendes Lobbyregister, einzusetzen. [fc]

► LobbyControl, Tel. +49 (0)221 / 169 65 07, E-Mail: kontakt@lobbycontrol.de, www.lobbycontrol.de

Justizsysteme

In Europa uneinheitlich

■ Die Europäische Kommission hat Ende März einen Vergleich der Justizsysteme der 27 Mitgliedstaaten vorgestellt. Dabei stellte sie gravierende Unterschiede in der Dauer der Gerichtsverfahren, bei den Kontrollsystemen der Verfahrensabwicklung, den Streitbeilegungsverfahren sowie der Unabhängigkeit fest. Durch ein effektives Justizwesen will die EU-Kommission Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie einen funktionierenden EU-Binnenmarkt schaffen.

Die Verbesserung der Qualität, der Unabhängigkeit und der Wirksamkeit der Justizsysteme ist Teil des Europäischen Semesters und soll bereits dieses Jahr in die

länderspezifischen Analysen des Europäischen Semesters einfließen. [bv]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/285)

Atom Müll

Sicherheitsargument zieht

■ Anwohnerinnen und Anwohner können gegen die Genehmigung von Atom-mülltransporten zwischen Dannenberg und dem Zwischenlager Gorleben klagen. Das geht aus dem Mitte März erlassenen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig hervor. Demnach können sie prüfen lassen, ob der gesetzlich gebotene Schutz gegen terroristische Anschläge und Transportunfälle gewährleistet ist.

2003 hatten zwei Anwohner gegen die vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilte Transportgenehmigung von Castorbehältern geklagt. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg muss den Fall nun noch einmal prüfen. [hk]

► www.kurzlink.de/bverwg-7C34.11

Militärische Tiefflüge

Anhörung der Verbände bei Naturschutzgebieten

■ Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat im April dem Landesverband Sachsen-Anhalt des NABU in einem Revisionsverfahren recht gegeben. Die Bundesrichter entschieden, dass Naturschutzverbände vor der Durchführung von militärischen Tiefflügen über Schutzgebiete grundsätzlich anzuhören sind. Ein Sonderrecht der Bundeswehr gebe es nicht.

Der NABU hatte sich im Jahr 2008 gegen Tiefflüge über dem europäischen Vogelschutzgebiet Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt gewehrt. Das Oberverwaltungsgericht Magdeburg hatte die Tiefflüge gestoppt, dann aber die Klage des NABU abgewiesen. Das Bundesver-

waltungsgericht korrigierte nun diese Rechtsauffassung und stellte fest, dass die Bundeswehr grundsätzlich die Verbände vor Tiefflügen anhören muss. Lediglich bei Gefahr im Verzug oder nicht geplanten Flügen könne von der Anhörung abgesehen werden. [bv]

► NABU Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Tel. +49 (0)391 / 56193-50, E-Mail: mail@nabu-lsa.de, www.sachsen-anhalt.nabu.de

VERKEHR & TOURISMUS

Gütertransport

Riesenlaster dürfen Grenzen passieren

■ Überlange Lastwagen, sogenannte Giga-liner, sollen grenzüberschreitend in der EU fahren dürfen. Einen entsprechenden Richtlinienentwurf legte die EU-Kommission Mitte April vor.

Über die Rechtmäßigkeit grenzüberschreitender Fahrten von Giga-linern sind sich die EU-Kommission und das EU-Parlament bisher uneinig. Noch 2010 hat die EU-Kommission bestätigt, der grenzüberschreitende Verkehr von Giga-linern verstoße gegen geltendes EU-Recht. Der aktuelle Vorschlag überlässt die Entscheidung den Mitgliedstaaten.

Die circa 25 Meter langen und mehr als 40 Tonnen schweren Riesen-Lkws stehen in der Kritik, da sie Klima und Umwelt schaden und teure Umbauten der Verkehrsinfrastruktur notwendig machen. Im Einsatz sind sie bereits in den Niederlanden, Teilen Skandinaviens und teilweise in einigen deutschen Bundesländern.

„Die Erlaubnis grenzüberschreitender Fahrten könnte der Dammbrech sein, mit dem zeitversetzt die Riesen-Lkw in allen Ländern Europas Einzug halten. Auch wenn die EU uns die Giga-liner nicht aufzwingt, will sie ihnen jetzt doch sperrangelweit eine Hintertür öffnen“, sagte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege.

Auch die Grünen im Europaparlament kritisieren den Vorstoß. „Einmal mehr sollen einige wenige große Unternehmen die Gewinne einstreichen, während die Allgemeinheit für die Kosten durch Umbauten, Unfälle und Umweltschäden aufkommen soll. Das ist ein klassischer Fall von Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“, erklärten Michael Cramer und Eva Lichtenberger, verkehrspolitische SprecherInnen der Grünen im Europaparlament.

Im Mittelpunkt des neuen Richtlinienentwurfs stehen ökologischere Zulassungsbestimmungen für Lkws. Durch aerodynamische Zugmaschinen sollen Treibhausgasemissionen und der Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß von Lkws gesenkt werden. Der Richtlinienvorschlag muss nun im Europäischen Parlament abgestimmt werden. [ej]

- ▶ Richtlinienvorschlag Kommission: www.kurzlink.de/komentgiga
- ▶ Stellungnahme Grüne: www.kurzlink.de/greensgigakrit
- ▶ Stellungnahme Allianz pro Schiene: www.kurzlink.de/apsigakrit

Abgase

Autos verursachen chronisches Asthma

■ 14 Prozent der chronischen Asthmafälle bei Kindern werden durch Abgase aus dem städtischen Straßenverkehr verursacht. Dies ergab eine Ende März im European Respiratory Journal veröffentlichte Studie, die den Zusammenhang von Abgasen und chronischem Asthma bei Kindern in zehn europäischen Städten untersucht hat.

Die Belastung durch dicht befahrene Straßen sei vergleichbar mit den Auswirkungen des Passivrauchens, welches laut der Weltgesundheitsorganisation WHO mit bis zu 18 Prozent der chronischen Asthmaerkrankungen bei Kindern in Verbindung gebracht wird. Bisher wurde angenommen, dass Emissionen aus dem Straßenverkehr lediglich Asthmasympto-

me auslösen, jedoch nicht die chronische Erkrankung verursachen würden.

Die Leiterin der Studie des Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts Laura Perez sagte: „Dies ist das erste Mal, das wir den Prozentsatz der Fälle ermitteln konnten, die nicht aufgetaucht wären, wenn EuropäerInnen nicht Abgasen aus dem Straßenverkehr ausgesetzt wären. Diese Ergebnisse müssen von der Politik bei der Stadtplanung berücksichtigt werden.“ Die EU hat 2013 als „Jahr der Luft“ ausgerufen, mit dem Ziel die Luftqualität in der EU zu verbessern. [ej]

- ▶ Mitteilung auf Sciencedaily.com: www.kurzlink.de/dailysthm
- ▶ EU-Kommission zum Thema Luft: www.kurzlink.de/komair

Dienstwagencheck

LandespolitikerInnen fahren am klimafreundlichsten

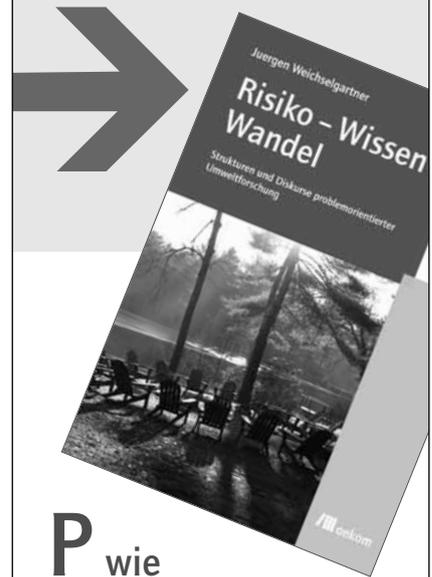
■ Die Landesregierungen der Bundesländer benutzen verstärkt CO₂-arme Autos. Dies ist das Ergebnis des „Dienstwagenchecks“, den die Deutschen Umwelthilfe (DUH) seit 2007 jährlich bei deutschen SpitzenpolitikerInnen durchführt.

Die DUH vergab dabei 18 „Grüne Karten“ für „glaubwürdiges Klimabewusstsein bei der Dienstwagenwahl“ für Autos, die den EU-Emissionsstandards entsprechen, und 28 „Rote Karten“ für Autos, deren CO₂-Ausstoß die EU-Richtwerte stark übersteigen. Insgesamt wurden die Wagen von 171 SpitzenpolitikerInnen in die Erhebung aufgenommen. Positiv fiel der Hamburger Senat auf, dessen gesamtes Kabinett die EU-Standards unterschreitet. Die Projektmanagerin Verkehr und Luftreinhaltung bei der DUH Hannah von Blumröder sagte: „Trotz erkennbarer Ansätze zur CO₂-Reduktion bei der Fahrzeugwahl treffen die meisten Spitzenpolitiker noch immer keine bewusste Entscheidung für einen wirklich klimafreundlichen Dienstwagen.“ [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/duhdwc

Nachhaltigkeit

A-Z



P wie Politikberatung

Wissenschaft und Politik reden viel zu oft an einander vorbei. Hier lesen Sie wie wissenschaftliche Politikberatung für beide Seiten gewinnbringend gestaltet werden kann. Und wie die Umwelt- und Risikoforschung ihre Erkenntnisse wirksamer in gesellschaftspolitisches Handeln einbringen kann. Damit Anwender in Politik und Verwaltung Risiken durch Hochwasser, Stürme oder Waldbrände optimal begegnen können.

J. Weichselgartner
Risiko - Wissen - Wandel
Strukturen und Diskurse problemorientierter
Umweltforschung

288 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-430-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

WASSER & MEERE

Gewässerqualität

Weg frei für Richtlinie über prioritäre Stoffe

■ Vertreter von EU-Parlament und Ministerrat haben sich Mitte April im Trilogverfahren auf einen Kompromiss zur Überarbeitung der Richtlinie über prioritäre Stoffe geeinigt. Damit werden der Risikoliste der Richtlinie zwölf neue Stoffe hinzugefügt; der Kommissionsvorschlag sah ursprünglich 15 vor. Für sieben Stoffe, die bereits über die Richtlinie reguliert werden, sollen die Grenzwerte strenger werden. Außerdem werden drei pharmazeutische Stoffe der sogenannten Überwachungsliste hinzugefügt.

Stoffe, die in der Risikoliste aufgeführt sind, dürfen nur begrenzt oder gar nicht mehr in Gewässer eingeleitet werden. Für die Stoffe in der Überwachungsliste gelten zunächst keine Einleitungsbeschränkungen. Eine grundlegende Neuerung der Richtlinie ist, dass erstmals Arzneistoffe mitberücksichtigt werden. Das hatten Umweltverbände im Vorfeld wiederholt gefordert.

Die Standards gelten ab 2018. Bis 2027 muss der gute chemische Zustand erreicht werden, sechs Jahre später als von der Kommission vorgeschlagen. [am]

► Irische Ratspräsidentschaft: www.eu2013.ie/news/news-items/20130417envprioritywatertrialoguepr

Donaustrategie

2. Geburtstag – ein Grund zum Feiern?

■ Die Europäische Kommission hat zwei Jahre nach dem Startschuss für die Strategie der Europäischen Union für den Donauraum im April den ersten Fortschrittsbericht veröffentlicht. Der Bericht informiert

über Fortschritte zu einer Vielzahl von Problemen sowie gemeinsame Projekte und Initiativen der 14 Länder des Donauraums, zu dem auch acht Mitgliedstaaten der EU gehören. Die acht EU-Mitgliedstaaten sowie Kroatien werden von der EU-Kommission „dazu angehalten, die Strategie in ihre Pläne für die nächste Generation von Programmen im Rahmen der Regionalpolitik für den Zeitraum 2014–2020 einfließen zu lassen“.

Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf konkreten Fortschritten in den vier Schlüsselbereichen der Strategie: Anbindung des Donauraums, Umweltschutz, Aufbau von Wohlstand und Stärkung des Donauraums. Im Umweltbereich wurde eine Task Force für den Schutz des Störs einberufen, die übergreifend Maßnahmen zur Wiederansiedlung des Fisches vorantreibt, wie die Verbesserung der Wasserqualität oder die Durchlässigkeit der Habitate.

Der Bericht über die Strategie der Europäischen Union für den Donauraum steht auf der Webseite der EU-Kommission als Download in deutscher Sprache zur Verfügung. [UWD, am]

► www.kurzlink.de/fortsch-donau-042013

Nordsee

Fischbestände auf dem Weg der Besserung

■ Das restriktive Fischereimanagement in der Nordsee beginnt langsam Wirkung zu zeigen. Immerhin 27 der dortigen 43 Fischbestände sind laut einer Studie des Thünen-Instituts in einem guten ökologischen Zustand. Die Autoren der Studie warnen aber vor zu viel Euphorie. 16 Bestände gäben weiterhin Anlass zur Sorge, darunter auch wichtige kommerzielle Bestände der Nordsee wie Kabeljau, Flunder und Seesunge.

Die Bestände seien entweder überfischt, zu klein oder wiesen eine schlechte Größenstruktur auf. Insgesamt sei die Belastung durch die Fischerei immer noch zu groß. Für die Bestimmung des guten öko-

logischen Zustands der einzelnen Bestände werteten die Biologen die Nutzungsrate, die Größe und die Struktur der Populationen aus. Die Studie ist Teil der Umsetzung der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie. Die Ergebnisse sollen als Vergleichsgrundlage dienen, um 2018 festzustellen, wie sich die Fischbestände entwickeln. Dabei gilt für Bestände mit schlechter Datenlage das Verschlechterungsverbot und für Fischpopulationen, die gut dokumentiert sind, das Ziel des dauerhaften Höchstertrags (Maximum Sustainable Yield). [am]

► Studie (Englisch, kostenpflichtig): www.kurzlink.de/stocks-north-thuene

Tagebau

Ockerschlam in der Spree trübt Trinkwasser ein

■ Als Folge des Braunkohleabbaus in der Lausitz wird die Spree noch für Jahrzehnte mit rotbraunem Eisenschlamm belastet sein. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens, das im Auftrag der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) erstellt wurde.

Beim Abbau von Braunkohle entsteht Sulfat und Eisenhydroxid. Die Stoffe färben das Wasser rostbraun und lagern sich als Ockerschlam an Ufer und Grund der Spree ab. Das Ausmaß der Verockerung bezeichnete der Gutachter laut den Potsdamer Neuen Nachrichten als weltweit einmalig. Der Eiseneintrag in die Spree müsse mindestens halbiert werden, um eine annehmbare Wasserqualität herzustellen.

Da in der Lausitz aber weiterhin Tagebaue in Betrieb sind und der Energiekonzern Vattenfall noch weitere aufschließen will, bleibt fraglich, wie diese Halbierung umgesetzt werden soll. Die LMBV kündigte an, spätestens 2014 Maßnahmen zur Verringerung der Verockerung zu ergreifen. Allerdings ist die Gesellschaft nur für die stillgelegten Tagebaue aus DDR-Zeiten zuständig, nicht aber für die aktiven Vattenfall-Tagebaue. Folgen der Belastung der Spree sind die Verschmut-

zung des Trinkwassers in Berlin und Frankfurt (Oder), Ökosystemschäden sowie negative Auswirkungen auf den Tourismus in der Spreewaldregion. [am]

► www.lausitzer-braunkohle.de

Online-Portal

Meeresmüll sammeln und vernetzen

■ Die drei Wassersportverbände der Sporttaucher, Kanuten und Segler und der NABU haben im März ein gemeinsames Onlineportal ins Leben gerufen, das das Sammeln von Plastikmüll in Gewässern koordinieren soll. Auf der Internetseite können Müllfunde gemeldet und Säuberungsaktionen beworben werden. Mit der Dokumentation der Müllfunde wollen die Verbände bessere Kenntnisse über die Vermüllung von Flüssen, Seen und Meeren erlangen. Plastikmüll, der über Flüsse und Bäche schließlich im Meer landet, wird zunehmend zum Problem. Weltweit gelangen jährlich 6,4 Millionen Tonnen Müll im Meer, davon sind etwa drei Viertel Plastikmüll. [am]

► www.saubere-meere.de

Elbe I

Streit um Vertiefung geht weiter

■ Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat Medienberichten zufolge die Umweltorganisationen BUND, NABU und WWF aufgefordert, ihre Klage gegen die Elbvertiefung zurückzuziehen. Die Verbände reagierten empört.

Während einer Rede beim sogenannten Herrenabend eines Hamburger Wirtschaftsvereins kritisierte der Minister die Umweltorganisationen scharf für ihre Ablehnung der Elbvertiefung. Diese sei zutiefst ideologisch und von „geistiger Rückwärtsgewandtheit“ geprägt. Er bezeichnete die freie Wahl von Verkehrsmitteln als Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft.

Die Umweltverbände des Aktionsbündnisses Lebendige Tideelbe wiesen die Kritik zurück. Es sei ihr gutes Recht, überprüfen zu lassen, ob Naturschutzrecht bei den Planungen angemessen beachtet wurde. Sie warfen Minister Ramsauer vor, mit den Vorwürfen von seinen eigenen Fehlern ablenken zu wollen. Der parallele Ausbau von norddeutschen Seehäfen habe zu einem ruinösen Wettbewerb geführt. So werde der 1,2 Milliarden teure Jadeweserport nun kaum genutzt.

Statt einer Vertiefung von Weser und Elbe forderten die Organisationen die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals. [am]

► Aktionsbündnis Tideelbe:

www.kurzlink.de/nabu-bund-wwf090413

Elbe II

Elbe soll cool bleiben

■ Das im Bau befindliche Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg darf nach Inbetriebnahme nicht per Durchlaufkühlung gekühlt werden, sondern nur mithilfe von Kreislaufkühlung. Das hat Ende März das Oberverwaltungsgericht nach einer Klage des BUND gegen die Erlaubnis der Hamburger Umweltbehörde entschieden.

Bei der Durchlaufkühlung wird sehr viel mehr Wasser pro Minute der Elbe entnommen und zur Kühlung des Kraftwerks genutzt als bei der Kreislaufkühlung. Letztere verbraucht mehr Elektrizität und ist daher teurer für den Kraftwerksbetreiber Vattenfall, schon aber die Elbe, die sehr viel weniger aufgeheizt wird. Die Hamburger Umweltbehörde will gegen das Urteil in Revision gehen. Vattenfall selbst kann nicht dagegen vorgehen. [am]

► www.kurzlink.de/bund-hh-elberevision

Nachhaltigkeit

A-Z



V wie Verantwortung

Die soziale Verantwortung von Unternehmen – auch Corporate (Social) Responsibility genannt – wird heute oft als wichtige strategische Herausforderung verstanden. Hier schildern erfahrene Fachleute aus verschiedensten Branchen, wie sich Unternehmen in der Metropolregion Hamburg mit ihrer langen Tradition als eigenständige Kaufmanns- und Hansestadt engagieren, um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

D. Schindler, N. Taubken, S. Prigge (Hrsg.)
Unternehmensverantwortung wirkt!
 Geteilte Wertschöpfung durch Corporate Responsibility – mit Praxisbeispielen aus der Metropolregion Hamburg

240 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-409-8

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Freihandel EU-Kolumbien-Peru**Bundestag sagt Ja**

■ Der Deutsche Bundestag hat dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union, Kolumbien und Peru zugestimmt. Die einzelnen Mitgliedstaaten sind ebenfalls Vertragspartner, da Teile des Abkommens nicht in die Kompetenz der EU fallen. Trotz großer Bedenken vonseiten der Opposition stimmte die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages dem Gesetzesentwurf zu. Zuvor hatten mehrere Organisationen vor den Auswirkungen des Handelsabkommens gewarnt. So kritisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fehlende Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmern, Menschenrechten und Umwelt. Besonders kleine und mittlere Unternehmen des Landwirtschaftssektors würden unter dem neuen Abkommen leiden, da EU-Importe den Druck auf die Produktionsleistung erhöhen werden, warnte die lateinamerikanische Entwicklungsorganisation ALOP. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-freihandelsabk.
- ▶ www.kurzlink.de/br-gesetzenwurf

Rohstoffhandel**EU schafft Transparenz**

■ Das EU-Parlament, die EU-Kommission und der EU-Ministerrat haben sich Anfang April in Brüssel auf eine EU-Initiative zur Bekämpfung von Korruption im Rohstoffhandel geeinigt. Künftig müssen europäische Unternehmen der Rohstoff- und Forstbranche ihre Zahlungen an Regierungen offenlegen. EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier begrüßte das Übereinkommen und bezeichnete es als wichtige Aufgabe der Europäischen Union, die Lage in Entwicklungsländern durch EU-Gesetzgebung zu verbessern. Von der neuen Regelung sind vor allem in der EU registrierte Unternehmen mit einer Bilanzsumme von über 20

Millionen Euro betroffen. Während Entwicklungsorganisationen das Übereinkommen als großen Erfolg ansehen, forderten Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), dass die Bundesregierung keine Übererfüllung des Gesetzes anstreben solle. Sobald Rat und Parlament die EU-Initiative offiziell verabschieden, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, diese in nationales Recht zu überführen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/stellungn.-barnier

Umweltleistung**Neue Messmethoden**

■ Die EU-Kommission hat Anfang April neue Methoden zur Messung des Umweltaußendruckes von Produkten (PEF) und den Umweltaußendruck von Organisationen (OEF) veröffentlicht. Sie empfiehlt den Mitgliedstaaten, Unternehmen, privaten Organisationen und dem Finanzsektor, diese Methoden freiwillig in einer dreijährigen Testphase anzuwenden. Der Vorschlag enthält die Schaffung eines Binnenmarktes für grüne Produkte und eine Empfehlung für die Anwendung der Methoden. Er soll vergleichbare und verlässliche Umweltinformationen sowie Vertrauen für Verbraucher, Investoren und andere Interessenträger in der Wirtschaft schaffen.

Die Maßnahmen sollen zur Umsetzung des Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa und insbesondere des Teils „Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch“ beitragen. Einige Umweltverbände halten weder PEF noch OEF für den richtigen Ansatz, da diese Methoden die Landnutzung nicht berücksichtigen. Enthalten ist lediglich bei Landnutzungsänderungen der Gehalt an organischem Kohlenstoff im Boden. Vielmehr sollte nach Ansicht der Umweltverbände der Ressourcenverbrauch von Produkten und Firmen anhand des Kohlenstofffußabdrucks, des Landfußabdrucks sowie des Wasserfußabdrucks sowie auch eine Analyse des Materialbedarfs und des Recyclings erfolgen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-pm-umweltleistung

Ressourceneffizienz**Experten erarbeiten Empfehlungen**

■ Ende April fand ein Treffen der Europäischen Ressourceneffizienzplattform in Brüssel statt. Themen waren unter anderem die Reduzierung von Abfall und die Förderung von hochwertigem Recycling, die Einführung eines Produktausweises, der den Verbraucher genau über Herkunft und Eigenschaften von Produktbestandteilen informiert und die Entwicklung einer einheitlichen Methode zur Messung der Umwelt- und Ressourcenauswirkung von Produkten. Ziel der Plattform ist es, die EU bei der Umsetzung der Europa-2020-Ziele im Bereich Ressourceneffizienz zu unterstützen. Im Juni wird die Plattform dann ihre ersten Empfehlungen abgeben. Sie besteht aus High-Level-Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und NGOs. [lr]

- ▶ Ressourceneffizienzplattform: www.ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/re_platform/index_en.htm

Materialeffizienz**BMU fördert Projekte**

■ Anfang April hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) den neuen Förderschwerpunkt des Bundesumweltministeriums (BMU) „Materialeffizienz in der Produktion“ vorgestellt. Durch die Verbesserung von Produktionsabläufen sollen natürliche Ressourcen geschont werden. Hierfür stellt das BMU bis zu 20 Millionen Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm zur Verfügung. Materialkosten machen einen hohen Anteil des Produktionsprozesses deutscher Unternehmen aus. Neben dem Kostenfaktor bringt die Verwendung von Rohstoffen auch erhebliche Umweltschäden mit sich. Durch technische Modernisierung könnten etwa 20 Prozent der Materialkosten eingespart werden. Projektbewerbungen sind noch bis zum 30. September möglich. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-pm-materialeff

THEMA

„Zum Watt geführt“ – zur Geschichte des Wattenmeerschutzes

Seit 50 Jahren kümmern sich die Mitglieder des Vereins Schutzstation Wattenmeer um den ökologisch sensiblen Lebensraum für Tiere und Pflanzen, zum Beispiel Wattwürmer, Muscheln oder Seegräser. Für Zugvögel ist das Wattenmeer oft ein wichtiges Rastgebiet. Mit Wattwanderungen unter Führung von Experten versucht der Verein, die zahlreichen Touristen einzubinden, die jedes Jahr diese einzigartige Landschaft aufsuchen.

■ „Sonne und Schwingen über uns, das ist die Losung des deutschen Seevogelschutzes. Das Gesetz allein kann hier nicht helfen; es geht um die Gewinnung naturverbundener Menschen, die neben der wirtschaftlichen auch die kulturelle und ethische Seite dieser Aufgabe erkennen.“ So beschreibt Heinrich Schulz in seinem Buch „Die Welt der Seevögel“ 1947 den Zustand des Naturschutzes an der Nordseeküste nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Schutz der Seevögel fand dabei vor allem in den Seevogelfreistätten statt. Vorreiter waren hier der Verein Jordstrand (gegründet 1907) und der Mellumrat (gegründet 1925). Gemeinsam mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz haben die Aktivisten der Vereine die Sicherung und die Bewachung von größeren Brutkolonien auf Mellum, Norderoog, Wangerooge, auf Sylt und an weiteren Orten organisiert. Das Wattenmeer wurde damals aber noch nicht als Naturlandschaft von nationaler und internationaler Bedeutung erkannt. Auch die Bedeutung des Wattenmeeres als Rastplatz für Zugvögel war noch ungenügend erforscht. Erst ab 1960 entfalteten junge Naturschützer entlang des gesamten Wattenmeergebietes intensive Aktivitäten.

Beispiel Schutzstation Wattenmeer

Auf Initiative von Reinhard Schönfeldt aus Hamburg und Gert Oetken aus Rendsburg wurde im Winter 1962/63 die „Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer“ gegründet. Die jungen Naturschützer rekrutierten sich vornehmlich aus ehemaligen Mitgliedern des „Deutschen Jugendbundes für Naturbeobachtung“ (DJN). Dieser von Henry Makowski Anfang der 50er-Jahre in Lüneburg gegründete Verband von naturschutzbegeisterten Jugendlichen war eine „Brutstätte“ späterer ehrenamtlich und hauptamtlich tätiger Na-

turschützer, wie zum Beispiel Wolfgang Erz. Eines ihrer Betätigungsfelder war die Schutzstation Wattenmeer. Mit Elan engagierten sie sich im Gebiet zwischen Sylt und der Halbinsel Eiderstedt. Sie wollten die gesamte Wattfläche schützen und den beginnenden Massentourismus einbinden, also Schutzauftrag und pädagogischen Auftrag verbinden. Die erste Broschüre des Vereins trug den bezeichnenden Titel „Zum Watt geführt“. Legendar sind die seit 1963 durchgeführten „Pfingstkurse“ auf Pellworm und den Halligen Hooge und Langeneß. Lange Zeit gehörten sie zu den wichtigsten Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer zum Lebensraum Wattenmeer.

Zutritt erlaubt für Menschen in der Natur

1968 kam es dann zur Ausweisung der Außensände vor den Halligen und Inseln des nordfriesischen Wattenmeeres als Naturschutzgebiet, eine damals selbst unter Biologen umstrittene Maßnahme! 1974 wurden große Teile des Watts im nordfriesischen Bereich zum Naturschutzgebiet erklärt. Allerdings scheiterte Mitte der 70er-Jahre der erste Versuch zur Gründung eines Nationalparks im Wattenmeer. Gleichzeitig lieferte der verbesserte Schutz in der Fläche den Naturschutzvereinen die Grundlage für die Ausweitung ihrer Tätigkeiten.

„Hat man noch vor wenigen Jahren die Fähigkeit eines Naturschützers daran gemessen, wie gut es ihm gelang, einen Teil der Landschaft möglichst von Menschen frei zu halten, so beginnt sich allmählich auf breiter Front eine (andere) Meinung durchzusetzen – in einer für den Menschen offenen Landschaft tritt die Führung unter fachlicher Leitung an die Stelle des bisherigen Verbotsschildes.“ Das erklärte der Ehrenvorsitzende der Schutzstation Gert Oetken beim deutschen Naturschutztag in Husum 1972.

Oetken gelang Anfang der 70er-Jahre die Einrichtung der ersten Zivildienststellen für die Naturschutzarbeit im Wattenmeer. Diese Stellen waren die Voraussetzung zur Gründung einer Reihe von Infozentren und Stationen auf den Inseln, den Halligen und an der Küste, bis nach Dithmarschen. Die Hauptaufgaben Schutz, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit wurden Ende der 70er-Jahre ergänzt um den politischen Kampf gegen die Verschmutzung und Übernutzung der Meere. Die Vordeichungspläne an der nordfriesischen Küste, Vorplanungen zur Standortsuche für Atomkraftwerke im Wattenmeer, Ölförderpläne, Verklappung von Dünnsäure, waren nur einige Themen, die die Naturschützer bekämpfen wollten.

Auf der Aktionskonferenz Nordsee in Bremen 1984 verabschiedeten bundesweit tätige Umweltschutzvereine das noch heute aktuelle Nordseememorandum. Die 1985 als Verein gegründete Aktionskonferenz Nordsee spielte bis in jüngster Zeit als „politischer“ Arm des Nordsee- und Wattenmeerschutzes eine wichtige Rolle.

Die ehrenamtlichen Naturschützer entlang der Wattenmeerküste konnten mit der Einrichtung der Nationalparke 1985 in Schleswig-Holstein, 1986 in Niedersachsen und etwas später im Elbmündungsbereich ein wichtiges Etappenziel ihrer Arbeit feiern. Es begann aber auch eine neue Phase der Naturschutzarbeit. Die Ehrenamtlichen waren nun Partner einer Nationalparkverwaltung, mit allen dazugehörigen Spannungen und Konflikten. Dies führte aber auch zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Verbände. So planen die Schutzstation Wattenmeer und Jordstrand im Nationalparkhaus in Husum eine Bürogemeinschaft. **[Hans-Peter Ziemek]**

► Justus-Liebig-Universität Gießen, E-Mail: hans.p.ziemek@didaktik.bio.uni-giessen.de

DNR INTERN

DNR-Brüsselfahrt 2013

Ein wenig europäisiert

■ „Was genau passiert auf EU-Ebene und was machen eigentlich das Parlament und der Ministerrat?“ Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, reisten im März rund 25 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Natur- und Umweltschutzverbände, NGOs und Umweltstiftungen nach Brüssel. Die Lern- und Lobbyfahrt bot reichliche Vernetzungsmöglichkeiten und einen guten Ansatzpunkt, um Lobbyarbeit auf europäischer Ebene zu betreiben.

Auf Einladung von Sabine Wils, Parlamentsabgeordnete der Linken-Fraktion, organisierte die EU-Koordination des DNR eine dreitägige Reise in die europäische Hauptstadt. Unter anderem besuchte die Gruppe das europäische Parlament, die EU-Kommission und die Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen. Besonders häufig wurden die Themen Klima- und Agrarpolitik aufgegriffen, vor allem bei den persönlichen Treffen und Diskussionen mit EU-Abgeordneten. So trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben Sabine Wils auch die EU-Abgeordneten Martin Häusling, Michael Cramer, Eli-

sabeth Schroedter, Peter Liese und Jutta Haug. In den Gesprächen wurde deutlich, dass deutsche NGOs, Verbände und Kampagnen durchaus Einfluss auf die EU-Politik nehmen können. Außerdem tauschten sich die Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Verbände über aktuelle Themen mit Kollegen aus, die vor Ort in Brüssel tätig sind. **[Antonia Weiller]**

- DNR-EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, antje.mensen@dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Bergischer Naturschutzverein

Als Verband für Natur- und Umweltschutz im Rheinland setzt sich der 1975 entstandene Bergische Naturschutzverein (RBN)

für den Schutz und Erhalt der Umwelt und der Natur ein. Mit dem Ziel besserer Umweltbedingungen berät und informiert der RBN Behörden, Planungsstellen, gesetzgebende Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Dazu werden Tagesseminare zu beispielsweise Obstwiesenschutz und Erntetenutzung organisiert und durchgeführt. Durch solche Maßnahmen will der Verein die Lebensbedingungen für alle verbessern. Darüber hinaus legt der RBN viel Wert auf Naturpädagogik, speziell im Bereich der Jugendbildung, Jugendhilfe und Jugendarbeit und veranstaltet dazu Exkursionen für Kindergartengruppen und Schulklassen. Der Verein mit 900 Mitgliedern freut sich jederzeit über weitere Unterstützer. **[hk]**

- Bergischer Naturschutzverein (RBN), Mark vom Hofe, Ute Beck, Overath, Tel. +49 (0)2204 / 7977, E-Mail: info@bergischer-naturschutzverein.de, www.bergischer-naturschutzverein.de

Berliner Artenschutz-Team

■ Das aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehende Berliner Artenschutz-Team (BAT) leistet mit seiner Arbeit einen Beitrag zum Schutz der heimischen Arten. Seit 2002 versucht das BAT möglichst vielen Menschen den Artenschutz im Siedlungsbereich greif-

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Für eine ökologische Agrar und Ernährungskultur!

Das unabhängige Vordenkermedium für Ökologie und Landbau

- qualitativ hochwertig
- sachlich kompetent
- mit Beiträgen aus Forschung, Praxis und Beratung

Sichern Sie sich Ihr günstiges Probeabo*

(Zwei Ausgaben für nur 11,20 Euro statt 20,40 Euro inkl. Versand in Dtl.)
Bestellung an abo@oekom.de oder +49/(0)89/54 41 84-25
www.oekom.de/oekologie-landbau

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)



Foto: B. Lorenz / Thomas Stephan

Jetzt
PROBEABO
sichern

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des zweiten Heftes kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.

bar zu machen. Dabei liegt der Fokus auf Fledermäusen und anderen geschützten Tieren, zum Beispiel Vögeln. In einem täglich geöffneten Schaugehege, dem Fledermauskeller, können die Besucherinnen und Besucher circa 200 Fledertiere beobachten. Eine dazu gehörende Ausstellung informiert allgemein über das Thema Fledermäuse.

Des Weiteren bietet das BAT unter anderem Kindergarten-, Schulführungen und das Ausrichten von Kindergeburtsstagen im Fledermauskeller an. Darüber hinaus werden Floßtouren auf einem Katamaran im Zitadellengraben organisiert. Für die im Fledermauskeller lebenden Flughunde und Fledermäuse können Interessierte Partnerschaften übernehmen. [hk]

- ▶ Berliner Artenschutz Team (BAT), Jörg Harder, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 367500-61, Fax -62, E-Mail: info@bat-ev.de, www.bat-ev.de

Bioland

■ Der Erzeugerverband Bioland widmet sich seit 1971 der Förderung und der Weiterentwicklung des organisch-biologischen Landbaus. Die sieben Bioland-Prinzipien stellen unter anderem das Leitbild dar: das Wirtschaften im Kreislauf, die Förderung der Bodenfruchtbarkeit, die artgerechte Tierhaltung, das Herstellen von wertvollen Lebensmitteln, die Förderung der biologischen Vielfalt, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für die Menschheit.

Die derzeit über 5.700 Mitglieder haben sich mit ihrer Aufnahme gesetzlich unter anderem dazu verpflichtet, die Bioland-Richtlinien für Pflanzenbau, Tierhaltung und Verarbeitung einzuhalten und deren Befolgung kontrollieren zu lassen. Der Verein vertritt außerdem die politischen Interessen der Mitglieder vor Institutionen und Organisationen. Die Förderungen des Austauschs unter den einzelnen Mitgliedern und die Öffentlichkeitsarbeit sind weitere wichtige Aufgaben. [hk]

- ▶ Bioland, Jan Plagge, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-0, Fax -27, E-Mail: info@bioland.de, www.bioland.de

EHRENAMT

DNR-Weiterbildung

ZukunftsPiloten starten neu

■ Der Deutsche Naturschutzring und die Bewegungsakademie haben zum achten Mal das Weiterbildungsprogramm Kurs ZukunftsPiloten für junge Umweltbewegte ausgeschrieben. Der nächste Kurs beginnt im Juni. Junge Engagierte im Alter von 21 bis 30 Jahren können sich bis zum 12. Mai bewerben. Die Weiterbildung wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Eckpunkte des Kurses sind:

- ▶ 12 Monate studien- und berufsbegleitende Qualifizierung für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement
- ▶ 16 junge Engagierte aus verschiedenen Hintergründen der Umweltbewegung
- ▶ 7 Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements
- ▶ Teamarbeit: Kampagnenplanung zu aktuellen umweltpolitischen Themen
- ▶ Transfer in die eigene Praxis
- ▶ Netzwerk: lebendiger Austausch mit AbsolventInnen des Kurs ZukunftsPiloten

Mehr Informationen und die Bewerbungsunterlagen zum Download gibt es im Internet.

- ▶ www.zukunftspiloten.de
- ▶ www.dbu.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Engagementpreis

Bewerbungen laufen

■ Seit Mitte März können Bürgerinnen und Bürger Personen, Projekte und Organisationen für den Deutschen Engagementpreis 2013 nominieren. Mit dem Preis

soll freiwilliger Einsatz für das Gemeinwohl gewürdigt werden.

Die Auszeichnung wird für den Einsatz in sechs Bereichen verliehen. Neben den Kategorien Dritter Sektor, Einzelperson, Wirtschaft sowie Politik & Verwaltung gibt es jedes Jahr eine Schwerpunkt-kategorie. Unter dem Titel „Gemeinsam bauen“ soll in diesem Jahr eine Kooperation ausgezeichnet werden, in der sich verschiedene Initiativen gemeinsam für das Gemeinwohl einsetzen. In fünf Kategorien wählt im September die Jury jeweils einen Gewinner. Zusätzlich gibt es einen Publikumspreis, der durch ein Onlinevoting entschieden wird und mit 10.000 Euro dotiert ist. Bis zum 12. Juni können Bürgerinnen und Bürger ihren Favoriten nominieren. Selbstnominierungen sind nicht möglich.

Der Deutsche Engagementpreis wird seit 2009 verliehen und vom Bündnis für Gemeinnützigkeit getragen. [fc]

- ▶ www.deutscher-engagementpreis.de

UmweltMedienpreis

DUH zeichnet engagierte AutorInnen aus

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verleiht zum 18. Mal den UmweltMedienpreis. Ausgezeichnet werden sollen JournalistInnen, die sich mit ihrer Arbeit in besonderem Maße für den Schutz der Umwelt und Natur einsetzen.

Der Preis wird in den vier Kategorien Printmedien, Hörfunk, Fernsehen und neue Medien vergeben. Autorinnen und Autoren sollen mit dem Preis für ihr Engagement im Umwelt-, Natur- und Artenschutz gewürdigt und gefördert werden. Nominierungen können bis zum 30. Juni bei der Geschäftsstelle der DUH eingereicht werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen vorgeschlagen werden. Eigennominierungen sind nicht erlaubt. [fc]

- ▶ www.duh.de/526.html

TERMINE

MAI

06.-07.05., Berlin (D)
**Engagement
 braucht Leadership
 – Initiativen zur
 Besetzung und
 Qualifizierung**

ehrenamtlicher Vereinsvorstände. Tagung

► Robert Bosch Stiftung, Ina Bergler, Tel. +49 (0)711 / 46084-370, E-Mail: ina.bergler@bosch-stiftung.de, www.bosch-stiftung.de/ebf

06.-07.05., Nürnberg (D), 16.-17.05., Hamburg (D) & 27.-28.05., Essen (D)

Strategien entwickeln, Zielgruppen einbinden, Ansätze und Instrumente einer abgestimmten Radverkehrsförderung. Seminar

► Difu, Dipl.-Ing. Simone Harms, Tel. +49 (0)30 / 39001-132, E-Mail: harms@difu.de, www.kurzlink.de/difu-radverkehr

07.-08.05., Tutzing (D)

Nachhaltigkeit vermitteln. Workshop für Journalisten

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de, web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php

13.-14.05., Münster (D)

3. Nationaler Radverkehrskongress - Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln

► Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine/termin.php?id=3842

15.05., Berlin (D)

Netzausbau mit der Natur – Lösungen für die Energiewende im Dialog. Fachtagung

► Bundesamt für Naturschutz, Klemens Lühr, Tel. +49 (0)231 / 931103-0, E-Mail: luehr@dialoggestalter.de, www.kurzlink.de/bfn-netzausbau-natur

15.-17.05., Den Haag (NL)

Together in Transition – Empowering Sustainability. Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung

► Klima-Bündnis, Sabine Morin, Tel. +49 (0)69 / 717139-14, E-Mail: s.morin@klimabuendnis.org, www.climatealliance.org/events0.html

24.05., europaweit

Europäischer Tag der Parke – Mein Park. Meine Passion. Meine Story.

► EUROPARC Federation Germany, Tel. +49 (0)941 / 5993598-0, E-Mail: office@europarc.org, www.europarc.org/whats-on/european-day-of-park

24.-26.05., Hamburg (D)

HanseBird 2013 Optikkmesse und Vogelschutz

► NABU, Carl Zeiss Deutschland, Wasserkunst Elbinsel Kaltehofe, Globetrotter, Tel. +49 (0)40 / 697089-0, E-Mail: NABU@NABU-hamburg.de, www.hansebird.de

24.-26.05., Reiskirchen-Saasen (D)

Sich einmischen – Akten und Pläne studieren, mitreden und protestieren vor Ort. Seminar

► Projektwerkstatt Saasen, Tel. +49 (0)6401 / 90328-3, E-Mail: saasen@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/termine

27.05., Frankfurt a. Main (D)

Biodiversität und Unternehmen – Beitrag der Normung. Fachgespräch

► Deutscher Naturschutzring (DNR), Koordinationsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU), Marion Hasper, Tel. +49 (0)30 / 27586-476, E-Mail: marion.hasper@bund.net

JUNI

04.-07.06., Brüssel (BE)

Green Week 2013 „Cleaner air for all“. Konferenz

► www.greenweek2013.eu

05. und 06.06., Kommern (D)

„Unkraut vergeht nicht – stimmt nicht! Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Ackerwildkrautschutzes in Deutschland“.

Fachtagung mit Exkursion

► Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, Ute Blume, Tel. +49 (0)228 / 9090721-0, E-Mail: tagung@rheinische-kulturlandschaft.de, www.kurzlink.de/ft-wildkrautschutz

06.-07.06., Dessau-Roßlau (D)

Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung. Tagung

► Umweltbundesamt, Difu, Deutscher Städtetag, Dipl.-Ing. Simone Harms, Tel. +49 (0)30 / 39001-132, Fax -241, E-Mail: harms@difu.de, www.kurzlink.de/ft-verkehrsplanung

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Mai 2013

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Antonia Weiller [aw], Ralf Köpke, EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circloffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Bildung mit Handicap

Keine Opfer eines tragischen Schicksals

Darf man „behindert“ sagen? Wie gebe ich zur Begrüßung jemandem die Hand, der keine hat? Die Arbeit mit und für Menschen mit Behinderungen scheint mit Fettnäpfchen gepflastert. Der Bereich Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet viele Möglichkeiten zur Kooperation – Leidmedien.de hilft mit Begrifflichkeiten und praktischen Tipps.

□ Es klingt ganz einfach: Eine Gesellschaft wird von Menschen geprägt, die in ihr leben. Im Sinne der Inklusion soll jeder Mensch die Möglichkeit erhalten, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Seit 2009 gelten hierfür auch in Deutschland die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention. Um Denken und Handeln aber langfristig zu verändern, muss jedem bewusst werden, warum Inklusion für das gesellschaftliche Miteinander wichtig ist.

Hierzu wollen die MitarbeiterInnen von „Leidmedien.de“, einem Projekt des gemeinnützigen Vereins Sozialhelden, mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und der Aktion Mensch beitragen. Die Seite bietet neue Ideen, Hintergrundinformationen, atypische Blickwinkel und ungewöhnliche Anknüpfungspunkte für alle, die sich für Menschen mit Behinderung interessieren. Ziel ist es, das in der Gesellschaft transportierte Bild von Behinderten positiv zu wandeln: Behinderte sind eben keine Opfer eines tragischen Schicksals. Im Interview mit ökopädNEWS hat Lilian Masuhr, Redakteurin und Projektleiterin von Leidmedien.de, einige Fragen zu Inklusion und Bildung beantwortet:

Frau Masuhr, darf man denn „behindert“ überhaupt noch sagen?

Behinderter Mensch oder Mensch mit Behinderung – beide Varianten unterstreichen, dass eine Behinderung nicht den ganzen Menschen ausmacht. „Behinderter Mensch“ zeigt zudem, dass oft die Umwelt eine Person mehr behindert, als das eigentliche Handicap. Auf Leidmedien.de haben wir ein ganzes Lexikon an Begriffen zusammengestellt – auch für PädagogInnen eine sehr interessante Lektüre. Zum Beispiel auch zur Frage: „Wie begrüße ich jemanden, der keine Hände hat?“ Strecken

Sie einfach trotzdem die Hand zur Begrüßung aus – Ihr Gegenüber wird Ihnen dann schon die Alternative zeigen. Ansonsten gilt: Fragen Sie den behinderten Menschen, wenn Sie unsicher sind.

Warum ist Bildung im Bereich Inklusion überhaupt so notwendig?

Im Grunde gibt es zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen kaum Berührungspunkte im Alltag. Nur wenige haben behinderte Menschen im Kollegen- und Freundeskreis, im gleichen Sportverein oder in der Schule. Auch in Filmen kommen sie selten vor. Also bleiben die Medien als Vermittler zwischen zwei Welten. Dabei ist die Berichterstattung über behinderte Menschen aber leider oft problembeladen und zeichnet ein bemitleidenswertes Bild. Das falsche und einseitige

THEMENHEFT: BNE MIT HANDICAP

Bild beeinflusst dann den Umgang oder eben den Nichtumgang miteinander und schafft neue Realitäten.

Wie sähe denn eine inklusive Gesellschaft aus?

Jeder Mensch könnte selbstbestimmt an allen Teilen des Lebens teilhaben, an denen er teilhaben möchte. Dazu gehören Alltagssituationen: Rollstuhlfahrer sollten nicht über die Treppe ins Café getragen werden müssen, sondern über eine Rampe fahren können. Es sollte selbstverständlich sein, dass in Betrieben auch Menschen mit Behinderung eingestellt werden. Der wichtigste Punkt ist aber, dass sich das Bild in den Köpfen ändert und den Menschen klar wird, dass von einer solchen inklusiven Gesellschaft alle profitieren. Dass behinderte Menschen nicht als wandelnde Belastung gesehen werden, sondern als normale Bürger, von denen die Gesamtgesellschaft und der Einzelne Positives erwarten können.

Kann Bildung zu einer langfristigen Verbesserung der Situation beitragen?

Auf jeden Fall. Je früher, desto besser. Kinder haben noch einen relativ unverkrampften Umgang mit dem Thema, den man ihnen aber in der schulischen oder außerschulischen Bildung bewusst erhalten muss, damit

sie als Erwachsene einen Menschen mit individuellen Stärken und Schwächen sehen und nicht nur eine Behinderung. Wir gehen zum Beispiel mit unserem Projekt „wheelmap.org – eine Onlinekarte für rollstuhlgerechte Orte“ in Schulen und schaffen damit eine Sensibilisierung für die Thematik. Aber auch Erwachsene sind oft unsicher, was denn nun der „richtige“ Umgang ist. Auf Leidmedien.de haben wir darum unter „Journalistische Tipps“ viele oft ganz praktische Hinweise für den Umgang mit behinderten Menschen zusammengefasst. Es gibt Unmengen von Zusammenhängen und Ansatzpunkten. Architekturstudenten, zum Beispiel. Wenn sie gleich in der Ausbildung mitbekommen würden, dass es Menschen mit Gehbehinderungen gibt, müssten wir nicht nachher für die Anbringung von Rampen kämpfen.

Diese Informationen sind exklusiv für Journalisten?

Nein, die Informationen sind erst mal für alle Interessierten, dann für Multiplikatoren wie Medienmacher, Blogger, Fotografen und natürlich für Menschen mit Behinderung selbst, die ja sowohl die Internetseite als auch die Facebookseite mit betreuen. Wir arbeiten ja auch in einem sehr regen Austausch mit unseren Lesern, fragen immer wieder nach, verbessern und entwickeln weiter.

Kommt daher auch Ihr sehr humorvoller Umgang mit dem Thema?

Ja, wahrscheinlich. Mit erhobenem Zeigefinger kommt man auch nicht weiter, da hört nur schnell keiner mehr zu. Stattdessen hören wir unseren Nutzern und Gastautoren zu. Und lockern die Debatte mit Stofftragetaschen mit Aufschriften wie „Trotz der Baumwolle meistere ich tapfer die Winterkälte“ oder der Floskelbox. Meckerer gibt es schließlich schon genug – wir wollen nachhaltig positiv verändern, da macht es keinen Sinn, als schlechtes Gewissen der Nation aufzutreten.

Vielen Dank für das Gespräch.

[Das Interview führte Lisa Hübner]

- ▷ www.wheelmap.org
- ▷ www.leidmedien.de
- ▷ www.sozialhelden.de

BLICKPUNKT

„Leben gestalten“

Umweltbildung für und mit Menschen mit Handicap in der Praxis

Das Recht auf lebenslanges Lernen gilt für alle. Die integrative LBV Umweltstation am Rothsee bietet deshalb für Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung, Sinnesbehinderung und Mehrfachbehinderungen, kurz: Menschen mit Handicap ein breit gefächertes (Umwelt-)Bildungsprogramm an.

Von exklusiven Angeboten ...

Alle Inhalte und Ziele der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung lassen sich auch in die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen übertragen. Wichtig ist, dass die Umsetzung sich am individuellen Können der Teilnehmenden orientiert und dementsprechend die didaktisch-methodische Herangehensweise immer wieder neu auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten abgestimmt wird. Um Menschen mit Behinderungen Entwicklungs- und Erfahrungsmöglichkeiten in einem geschützten Rahmen zu bieten, werden einige Programme exklusiv für Menschen mit Handicap angeboten.

Im Vordergrund stehen die Stärken des Einzelnen. Die Grundfrage lautet immer: Was können die Teilnehmenden gut? Es ist Aufgabe der Leitung, die jeweils aktuellen Interessen, Bedürfnisse und Kompetenzen des Einzelnen und der Gruppe sensibel wahrzunehmen. Die unterschiedlichen Fähigkeiten der Teilnehmer mit Handicap erfordern Vielfalt bei der Methoden- und Themenwahl sowie Flexibilität in der Programmgestaltung vonseiten des Umweltpädagogen. Denn die Erlebnisse in der Natur können für Menschen mit Behinderungen einen Zugang zu neuen Erfahrungs- und Handlungsfeldern eröffnen und viel zum persönlichen Wohlbefinden beitragen, wie das Zitat einer begleitenden Assistentin zeigt: „So lange, so aufmerksam habe ich sie noch nie erlebt! Toll!“

... zur Inklusion

Neben den Programmen exklusiv für Menschen mit Behinderung gibt es auch inklusive pädagogische Angebote, bei denen behinderte und nicht behinderte Menschen gemeinsam zu einem Thema arbeiten. Das Team der Umweltstation Rothsee sieht Vielfalt in Bildung und Erziehung als Bereicherung für alle. Soziale Kompetenzen, Gestaltungskompe-

tenzen und gegenseitiger Respekt werden gefördert und niemand vom gemeinsamen Lernen und Leben ausgeschlossen. Deswegen hat Inklusion in der täglichen Umweltbildungsarbeit viele Gesichter. Es werden Projekte nach dem Motto „durch gemeinsames Handeln ins Gespräch kommen“ initiiert, wie der gemeinsame Bau eines Hochbeets von einer Regelschulklasse und einer Klasse von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Oder SchülerInnen eines Praxis-Seminars am Gymnasium gestalten für blinde Kinder eine Führung zum Thema Wasser. Oder behinderte Menschen betreuen am Tag der offenen Tür den Lehmbackofen, in dem alle Besucher ihre Brötchen backen. Die Möglichkeiten sind beinahe unbegrenzt. Die Erfahrungen aus den an der Umweltstation durchgeführten Teilhabe-Veranstaltungen zeigen, dass gelingende Inklusion Rahmenbedingungen wie eine behindertengerechte Ausstattung der Räumlichkeiten, Fachpersonal für Sonder-Heilpädagogik und ein ausreichendes Betreuungsverhältnis voraussetzt. Außerdem hat sich herausgestellt, dass bei Inklusionsprogrammen häufiger eine spezielle Begleitung für nicht behinderte Teilnehmer nötig wäre, um deren Ängsten und Unsicherheiten aufzufangen. Dabei kann es helfen, innerhalb der Gruppe offen darüber zu sprechen. Behinderte Menschen sind Spezialisten für ihre Behinderung und können sich und ihre Fähigkeiten meist auch gut einschätzen.

Die umweltpädagogische Arbeit mit behinderten Menschen benötigt viel Erfahrung. Es ist hilfreich, ergebnisoffen zu planen und zu arbeiten, um leicht vom geplanten Verlauf der Veranstaltung abweichen zu können, wenn die Situation es erfordert. Geben Sie sich die Zeit, um Erfahrungen zu machen. Es wird nicht alles perfekt sein, aber: Menschen mit Behinderung haben oft ein fein ausgebildetes Gespür dafür, ob ihnen offen und wertschätzend begegnet wird.

Susanne Rigó

leitet die Abteilung Pädagogik für Menschen mit Handicap der LBV Umweltstation Rothsee

▷ www.rothsee.lbv.de

SCHWERPUNKT: BNE MIT HANDICAP

Barrierefrei Natur erleben

Eifel barrierefrei

□ Die Initiative „Eifel barrierefrei“ des Deutsch-Belgischen Naturparks Hohes Venn-Eifel trägt dem Namen schon auf ihrer Homepage Rechnung. Von der Schriftgröße bis zu den Farben können Besucher die Seite individuell so einstellen, dass sie für alle gut nutzbar ist. Darüber hinaus haben der Naturpark und seine Partner auf der Internetseite Erlebnisangebote für Menschen mit Behinderung zusammengestellt. Alle Informationen, von der Anreise bis zur Unterkunft und den Angeboten vor Ort, sind besonders gekennzeichnet. Schnell wird ersichtlich, ob das Angebot zum Beispiel für Menschen mit Mobilitätseinschränkung, Sehbehinderung oder Lernschwierigkeiten geeignet ist. Nach diesen Vorgaben können auch passende Angebote gesucht werden.

Das Angebot des Naturparks Hohes Venn hat eine große Vorbildfunktion und wurde hierfür schon mehrfach ausgezeichnet. Unter anderem ist die Initiative „Eifel barrierefrei“ ein Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

▷ www.eifel-barrierefrei.de

Schulpreis für gelungene Inklusion

Jakob Muth-Preis

□ Ab sofort können sich inklusive Schulen um den Jakob Muth-Preis bewerben. Mit dem Preis zeichnen der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, die Deutsche Unesco-Kommission, die Bertelsmann Stiftung und die Sinn-Stiftung seit 2009 Schulen aus, die den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung vorbildlich gestalten. Der Preis ist mit insgesamt 14.000 Euro dotiert. Die Bewerbungsfrist endet am 14. Juni.

▷ www.jakobmuthpreis.de

Voller Einsatz für die Natur

Vielfalt schützen – Vielfalt leben

□ Bundesweit helfen zahlreiche Freiwillige aus Lebenshilfe-Einrichtungen in den Nationalen Naturlandschaften, also in Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten mit. In verschiedenen MitMach-Angeboten erhalten Menschen mit und ohne Behinderung die Chance, sich für den Erhalt der Naturlandschaften zu engagieren und direkt vor Ort mit anzupacken. Regelmäßig oder an Aktionstagen setzen sie dort Bänke an Wanderwegen in stand, mähen Orchideenwiesen, beschildern Kräutergärten, bauen Insektenhotels oder legen Fledermaus-Stollen frei. Dabei werden sie von Mitarbeitern der Schutzgebietsverwaltungen fachlich betreut.

Die Freiwilligeneinsätze sind Teil einer Kooperation der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung und EUROPARC Deutschland, dem Dachverband der Nationalen Naturlandschaften. Auf Anregung der beiden Verbände gründeten sich seit 2009 bereits 17 lokale Partnerschaften zwischen einzelnen Schutzgebieten und örtlichen Lebenshilfe-Einrichtungen.

▷ www.freiwillige-in-parks.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundesverband

BNE im kommunalen Klimaschutz

□ Städte, Gemeinden und Landkreise sind wichtige Akteure für das Erreichen der Klimaschutzziele. Als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist Klimaschutz ein verbindliches Feld kommunaler Politik und berührt dabei viele politische Arbeitsbereiche: Gebäude und Wohnen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Mobilität und energiesparende

Verhaltensweisen sind die meistgenannten Handlungsfelder. Auf welche Bereiche und Maßnahmen sich Kommunen konzentrieren, hängt stark von den Bedingungen vor Ort ab. Weil gewisse Folgen des globalen Klimawandels sich schon heute auswirken, müssen Kommunen außerdem auch Anpassungsstrategien an die unabwendbaren Folgen des Klimaschutzes entwickeln und umsetzen.

Immer spielt auch Bildung eine wichtige Rolle: in Schulen, als Erwachsenen- und Verbraucherbildung, zur Aufklärung über die Zusammenhänge von Klimasystem und Umweltgütern vor Ort sowie als Lern- und Annäherungsprozess für Organisationen, die selbst Beiträge zu Klimaschutz und Klimaanpassung leisten. Die kommunalpolitische Ebene sucht dabei explizit die Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft und bietet damit auch den Umweltbildungszentren wichtige Mitwirkungsmöglichkeiten.

Die Projektwebsite zu Kommunen und Klimaschutz auf der Internetseite des ANU Bundesverbandes www.umweltbildung.de wurde nun erweitert. Außerdem untersucht das ANU-Projekt „Kommunale Aktivitäten für Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Anlass für Engagementförderung“ Potenziale für die direkte Verknüpfung von BNE-Angeboten zum Klimaschutz mit dem Ausbau von Bürgerengagement.

▷ www.umweltbildung.de/6145.html

ANU Hessen

Zertifizierte Nachhaltigkeitsbildung

□ Mit festgelegten Qualitätsstandards will nun auch das Bundesland Hessen einen hohen Anspruch für mehr Nachhaltigkeit in Kindergärten und Schulen sicherstellen. Die ersten neun Bildungseinrichtungen und Einzelakteure wurden im März mit dem Zertifikat „Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Im Auftrag des Hessischen Umweltministeriums erarbeitete die Arbeitsgemeinschaft

Natur- und Umweltbildung Hessen (ANU) Qualitätskriterien und ein Zertifizierungssystem.

Mit der Broschüre „Das Zertifikat“ will das Umweltministerium zudem die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung voranbringen. Zielgruppe der Broschüre sind alle außerschulischen Einrichtungen und Anbieter von Bildungsmaßnahmen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung auf dem Weg zum Zertifikat. Die ersten neun Zertifikate wurden im März 2013 unter dem Label der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen von Umwelt-, Kultus- und Sozialministerium gemeinsam vergeben.

▷ www.anu-hessen.de

ANU Bayern

Klassenzimmer Natur

□ Die Dokumentation des Fachtags „Klassenzimmer Natur – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Grundschulen“ ist ab sofort online verfügbar. Die LBV Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen hatte den Fachtag in Kooperation mit der ANU Bayern, dem Zentrum für Umwelt und Kultur, der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen und dem Schulamt Bad Tölz-Wolfratshausen im März durchgeführt.

Mit der Veranstaltung wollten die Kooperationspartner die TeilnehmerInnen für das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung speziell in Grundschulen sensibilisieren. Anhand von Praxisbeispielen und in zahlreichen Workshops konnte für die Verankerung von BNE im Schulalltag motiviert werden. Auch neue Kooperationen mit außerschulischen Partnern wurden im Laufe der Tagung initiiert.

Der Vortrag von Prof. Gerhard de Haan und alle Informationen zu den neun Workshops mit vielen Materialien und Impressionen finden Sie auf der Website der ANU Bayern.

▷ www.umweltbildung-bayern.de/klassenzimmer-natur.html

WISSENSWERT

WWF: Naturschutz vor der Haustür

Wildes Deutschland

□ Die Naturschutzorganisation WWF Deutschland hat den bundesweiten Wettbewerb „Wildes Deutschland“ für fünfzig Naturschutzprojekte „vor der eigenen Haustür“ ausgelobt. Ob Bau von Krötentunnels, bienenfreundliche Schulgärten oder die Aktivierung eines Naturschutz-Flashmobs – der Vielfalt an Ideen will der WWF bewusst keine Grenzen setzen. „Wir wollen viele kleine Projekte fördern, die zusammen Großes bewirken können – und hoffentlich viele Nachahmer finden“, sagt Diana Pretzell, Leiterin Naturschutz Deutschland beim WWF.

Mit bis zu 5.000 Euro werden Maßnahmen von Bürgerinitiativen, Naturschutz- oder Landwirtschaftsgruppen, Vereinen, Schulen oder Kindergärten zum Schutz von Gewässern, Wäldern und Küsten oder Aktionen zum Erhalt der Natur in der Stadt gefördert. Über die Vergabe der Gelder entscheidet ein Expertengremium. Bewertet werden der naturschutzfachliche Wert, der Innovationsgrad sowie die umweltbildende und öffentliche Wirksamkeit. Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2013.

▷ www.wwf.de/2013/april/wilder-schoener-deutschland

Big Jump Challenge

Gewässerschutz lernen in Badehose

□ Die Big Jump Challenge ist die Jugendkampagne zum Europäischen Flussbadetag am 16. Juni 2013. Sie wird von der Forschungsgruppe GETIDOS zusammen mit ihren Partnern Grüne Liga, Deutsche Umwelthilfe, Viva con Agua de St. Pauli, CISV Germany und dem Global Nature Fund organisiert. Dabei geht es auch darum, durch Badeaktionen oder Wasserspiele direkt mit dem Fluss, See oder Bach

in Kontakt zu kommen. Für den Einsatz im Unterricht gibt es Workshopmaterial und einen Dokumentarfilm. Auch ein Wettbewerb wird ausgelobt, an dem sich Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, Initiativen und Vereine mit einer eigenen Aktion beteiligen können.

▷ www.bigjumpchallenge.net

Schweizer Stiftung éducation21

„ventuno“ macht mobil

□ Seit dem 1. Januar 2013 führt die neue Stiftung éducation21 die bisherigen Angebote der Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) und der Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) weiter. Als nationales Kompetenz- und Dienstleistungszentrum von Bund, Kantonen und Zivilgesellschaft fördert éducation21 die Umsetzung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz. Ein erstes neues Produkt ist die BNE-Praxiszeitschrift „ventuno“, die drei bis vier Mal pro Jahr geprüfte Unterrichtsmedien, Aktionen für die Schule und Impulse für den Unterricht vorstellt. Das Thema der ersten Ausgabe lautet „Mobilität“

▷ www.education21.ch/de/unterricht/ventuno

Neuer Studiengang an HNE Eberswalde

Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement

□ Der Studiengang „Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement“ (M.A.) soll ab dem Wintersemester 2013/14 an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE) kostenpflichtig und karrierebegleitend angeboten werden. Er wendet sich an Fach- und Führungskräfte aus Unternehmen und Non-Profit-Organisationen in Branchen der Flächennutzung. Fachlich werden ein ganzheitlicher, systemischer Zugang, interdisziplinäres Denken und eine Auseinandersetzung mit ethi-

schen Fragen nachhaltiger Entwicklung einschließlich grundlegender Systemkritik vermittelt. Das Fernstudium will die Studierenden zur strategischen Planung und Durchführung von Nachhaltigkeitsprozessen und -projekten in größeren Organisationen befähigen. Durch problemlösungsorientiertes Lernen und Kooperationen mit Partnerorganisationen wird enger Praxisbezug gewährleistet.

▷ www.hnee.de/nachhaltigkeitsmanagement

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

08.-13.09.13, St. Georgen

Welchen Wert hat Natur? Sommerakademie Die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt (HfWU) und die BUNDjugend Baden-Württemberg veranstalten eine transdisziplinäre Sommerakademie für Studierende aller Fachrichtungen zur „Inwertsetzung der Natur“.

▷ www.hfwu.de/sommerakademie

27.-31.5.13, Remscheid

Wasserwerkstatt. Seminar Verknüpfung von Natur, Naturkunde und bildender Kunst für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

▷ www.akademieremscheid.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeuropaednews@anu.de;
Olaf Rother, rother@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Kasselerstr. 1, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 41, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de